

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbüchlein und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

6. Jahrgang Dresden, Montag den 8. Dezember 1930 Nummer 285

Der Faschismus und seine Knechte

Reichstagsmehrheit für faschistische Diktatur — Kommunisten rufen zum Volkssturm gegen Faschismus

Berlin, den 8. Dezember.
Nach längeren Debatten kam man am Sonnabend in den Abendstunden endlich zu den Abstimmungen. Zuerst wurde über den Antrag auf Aufhebung der Notverordnung abgestimmt, wobei der kommunistische Antrag mit anderen Anträgen gleicher Art verbunden wurde. Die Abstimmung war namentlich, 253 Stimmen der Kommunisten, der Deutschnationalen, der Nazis, der Wirtschaftspartei und der Landvolkpartei stimmten für die Aufhebung der Notverordnung, während die SPD und die übrigen Parteien sich für die Beibehaltung der Diktaturverordnung entschieden. Vor der Abstimmung der Mißtrauensanträge gab es eine kleine Raufgalerie über den „Vertrauensantrag“ der Nazis, der schließlich mit 298 gegen 233 Stimmen bei 22 Enthaltungen als unzulässig erklärt wurde. Die Mißtrauensanträge wurden gemeinsam gegen 256 Stimmen und einer Enthaltung mit 291 Stimmen abgelehnt, wobei wieder die SPD der faschistischen Diktatur ihr Vertrauensvotum ausstellte.
Auch der kommunistische Antrag zur Aufhebung der Zulassungsverordnung wurde mit 235 gegen 307 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Die Abstimmung im Reichstag brachte das Ergebnis, das bereits seit einigen Tagen feststand. Der Unterschied zwischen dem 18. Oktober und dem 8. Dezember ist rein parlamentarisch gesehen, der, daß die SPD damals ihr offenes Eintreten für Brüning dadurch verschleiern konnte, daß sie „nur“ der Überweisung der allen Notverordnung an den Haushaltsausschuß zustimmte, während sie

ihristliche Hungerprogramm und die Regierung Brüning stimmte.
Sie lehnte die beantragte Aufhebung der Diktaturverordnung ab. Sie stimmte gegen das Mißtrauensvotum und sprach damit schäblich für alle Arbeiter ihr Vertrauen einer Regierung aus, die, mit dem Artikel 48 verschleierte, tatsächlich die faschistische Diktatur über Deutschland proklamiert hat. Im Wahlaufruf der Sozialdemokratie war der Kampf gegen

die „reaktionäre Brüning-Regierung“, dem „neuen Bürgerblock“, die Hauptlösung. Heute stehen die sozialdemokratischen Führer als Lügner gebrandmarkt vor den Wahlen. Noch nach dem 18. Oktober versprochen sie, daß bei den neuen Wahlen nur die Arbeiterinteressen für ihre Handlungen maßgebend sind. Sie haben diese Interessen mit Füßen getreten, haben Berrat verübt, Lüge und Betrug — das ist das A und O der Sozialdemokratie. Der Vorwärts schrieb am Sonnabend:
„Es geht um die Erhaltung der Kaufkraft des deutschen Proletariats.“
Das ist nicht die Sorge der sozialdemokratischen Führer. Es geht ihnen um die Erhaltung der Kosten der künstlichen sozialfaschistischen Konzessionen. Für dieses Ziel sind sie bereit, an die faschistische Diktatur alle Konzessionen zu machen. Sie selbst stellen sich dieser Diktatur zur Verfügung, um gemeinsam mit der Bourgeoisie die Erhebung des Proletariats zu unterdrücken. Das ist der politische Sinn für ihre Abstimmung.

Dresdner Taxistreik wird mit unermindelter Schärfe fortgeführt

Wachsendes Vertrauen der Taxifahrer zur KPD
KPD verteilt Lebensmittel

Dresden, den 8. Dezember.
Der Streik der Kraftfahrersfahrer Dresdens wird mit unermindelter Schärfe fortgesetzt. Die SPD-Führer aus dem Gewerkschaftsbund haben erklärt, daß die Fahrtausweise nicht zurückgegeben werden.
Sie brandmarken sich somit selbst als Streikbrecher, die nicht daran denken, eine einheitliche Kampffront der Arbeiter zu erstellen. Brüner selbst hat in einer Versammlung am Sonnabend den Kollegen die Frage gestellt, ob sie der Auffassung seien, daß ohne die KPD der Kampf bereits abgebrochen wäre. Und hier, in dieser Versammlung wurde ihm von den organisierten Kollegen erklärt, daß sie der Auffassung seien, wäre nicht die KPD, dann hätten die Unternehmer schon längst den Lohnraub durchgesetzt.
Die verstärkte Fortsetzung des Kampfes ist vor allen Dingen auch dadurch möglich geworden, daß die KPD bereits mit der Verteilung von Lebensmitteln begonnen hat. Den Aufruf der KPD haben besonders die Dresdner Arbeiterfrauen begeistert aufgenommen und sofort mit den Sammlungen zur Unterstützung der Streikenden begonnen.
Die Firma Vöfke hatte die Arbeiter gestern früh besteuert und verlangt, daß sie fahren sollten. 40 Kollegen waren erschienen. Sie beschloßen aber einstimmig, die Arbeit abzulehnen. Auch bei der Firma Valentin, für die bekanntlich der Kandidat Friedrich Gerd hergegeben hat, wurde erklärt, die Kollegen sollen fahren. Vor dem Betrieb standen die Streikposten der Chauffeure und der Streikhelfer, und kein Kollege ist gefahren.
Jetzt gilt es, durch Massenunterstützung des wertvollen Dresdens den Taxifahrern zum Sieg zu verhelfen.

Dingeldeh für Hitler

Volkspartei für Regierungsbeteiligung der Nazis

Magdeburg, 8. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.)
Der kürzlich gewählte Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Dingeldeh, hielt am dem außerordentlichen Parteitag im Wahlkreis Magdeburg-Anhalt eine aufsehenerregende Rede, in der er verkündete, daß die Volkspartei der Regierung Brüning ihre Gelobnisshaltung verweigere, wenn sie es veräume, die „wertvollen Kräfte“ in der nationalsozialistischen Bewegung, gegen die man sich zwar wegen ihres unklaren Programmes wehren müsse, in den „Aufbau des Staates“ mit einzubeziehen. Dingeldeh wandte sich gegen das Verhalten der Preußen-Polizei gegenüber den Nationalsozialisten und gegen die Politik des Reichsinnenministers Wirth gegenüber Thüringen. Zum Schluß forderte Dingeldeh die Umwandlung der parlamentarischen Regierungsform, die „Stärkung der Macht des Reichspräsidenten“, eine Reform des Wahlsystems und schließlich die Schaffung einer Ersten Kammer.

Beschlagnahme!

Sonnabend wurde in der Buchhandlung Flemingstraße 5 durch Kriminalbeamte des Polizeipräsidiums die Beschlagnahme: „Von Ernst bis Brüning“ auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Berlin beschlaggenommen.
Die Antwort der Arbeiterklasse muß sein: Run erst recht kommunistische Literatur in die Massen. Jeder Kommunist verteilt eine Mindestzahl von Büchern und Broschüren.

Massenkampf dem Faschismus!

Arbeitende Sachsens in Stadt und Land!

Das kapitalistische System fracht in allen Fugen. Der Kapitalismus ist unfähig, Millionen des arbeitenden Volkes auch nur eine kümmerliche Existenz zu garantieren und kann nur weiter leben, wenn er mit brutaler Gewalt die arbeitenden Massen immer tiefer ins Elend stürzt. In Deutschland, wo sich die Kräfte des Kapitalismus besonders scharf auswirken, ist die Bourgeoisie zur Ausplünderung und Unterdrückung der wertvollen Massen zum faschistischen Regime übergegangen.
Der vor Brüning mit dem Art. 48 vollzogene Stenerraub, der Kruppelbau an den sozialen Einrichtungen, der in Gemeinschaft mit der sozialdemokratischen Führerschaft durch die Schlichtungsmaschinerie durchgeführte Lohnraub, die völlige Ausschaltung des Reichstages, seine Herabwürdigung zu einer bedeutungslosen Za-Sagemaschine, die Polizeifaktionen gegen die gesamte kommunistische Stadtverordnetenfraktion in Berlin, die planmäßige Steigerung der Polizeibrutalität, die Beseitigung des Selbstbestimmungsrechts der Gemeinden und vieles andere, zeigt

die völlige Wandlung, der sich schon längst faschistischer Charakter bedienenden Weimarer Republik zur faschistischen Republik, deren noch vorhandenen demokratischen Hüllen immer mehr zerbröckeln.

Den Notverordnungen vom Juli 1930, die von der SPD am 18. Oktober sanktioniert wurden, sind am 1. Dezember neue Schläge gegen die Arbeiterklasse, in Gestalt erweiterter räuberischer Diktaturverordnungen erfolgt.

Die SPD hat ebenfalls wieder für dieses Raubprogramm gestimmt.

Sie stimmte gegen die Aufhebung der Notverordnungen und sprach dem Hungerkanzler Brüning durch die Ablehnung des kommunistischen Mißtrauensantrages ihr Vertrauen aus.
Die Sozialdemokratie beteiligt sich somit in vollem Umfang an der Aufrichtung und Durchführung der faschistischen Diktatur. Auch die „linken“ faschistischen Führer haben abermals für die Diktaturverordnung und die neuen Massenbelastungen gestimmt. Sie enthalten damit ihr läugerisches Mandat, das sie nach dem 18. Oktober durchgeführt haben.

Die Sozialdemokratie beteiligt sich somit in vollem Umfang an der Aufrichtung und Durchführung der faschistischen Diktatur. Auch die „linken“ faschistischen Führer haben abermals für die Diktaturverordnung und die neuen Massenbelastungen gestimmt. Sie enthalten damit ihr läugerisches Mandat, das sie nach dem 18. Oktober durchgeführt haben.

Die Arbeiterklasse darf sich durch das verstärkte Antifaschisten-Geschrei der Sozialdemokraten nicht täuschen lassen. Hinter diesem Geschrei verbergen die sozialdemokratischen Führer nur ihren Übergang zum Faschismus und wollen damit die Massen über die tatsächlich vorhandene faschistische Herrschaftsform täuschen.

Die Sozialdemokratie spielt unter den gegenwärtigen Bedingungen eine faschistische Rolle. Die Arbeiterklasse muß sich darüber klar werden, daß sich die „linken“ Führer in Sachsen keineswegs

praktisch von den Müller, Seering und Genossen unterscheiden. Gerade sächsische „linken“ Gewerkschaftsführern war es vorbehalten, zuerst den Faschismus im Wirtschaftskampf in hochentwickelter Form in Anwendung zu bringen, wie das in Chemnitz geschah.

Die gesamte arbeitende Bevölkerung muß klar erkennen: nicht erst die Regierung Hitler, nicht erst die Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung ist Faschismus.
Oh mit Hitler oder den sozialdemokratischen Führern, Brüningsgewaltspolitik ist die Regierungsmethode der bereits vollzogenen faschistischen Diktatur.
Damit steht vor der gesamten arbeitenden Bevölkerung klar:

der Sturz des Faschismus ist nur möglich durch die proletarische Revolution.

ist gleichbedeutend mit dem Sturz des Kapitalismus überhaupt. Die arbeitenden Massen haben vom Faschismus nichts anderes zu erwarten, als noch weitere Verschärfung des Terrors und noch mehrte Ausplünderung, weitere Verelendung und weitere Verschlechterung ihrer Existenz. Gegen den Faschismus gilt es die geschlossene Front aller Arbeitenden zu stellen. Die Aufgabe der Kommunistischen Partei ist es, jetzt diese Massenbewegung in allen Schichten der arbeitenden Bevölkerung zu entfachen. Insbesondere die kleinbürgerlichen Mittelschichten in diese Bewegung hineinzubeziehen und sie von ihren faschistischen Illusionen zu befreien. Entschieden muß der Kurs auf die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern genommen werden. Klarer muß vor der sozialdemokratischen Arbeiterklasse die faschistische Rolle der sozialdemokratischen Führer aufgezeigt werden. Die Kommunistische Partei muß die Massenbewegung zu einer gewaltigen Front gegen das faschistische Regime entfachen und alle Maßnahmen zur Verstärkung der Kampfraft der arbeitenden Massen ergreifen.

Die Erweiterte Bezirksleitung appelliert an die gesamte Parteimitgliedschaft, entschlossener als bisher die gesamte Kraft in den Dienst der Partei und der revolutionären Bewegung zu stellen. Ohne alle Schwankungen, ohne Zurückweichen an die Arbeit zu gehen. Die Welle der Empörung gegen die brutale Ausplünderung der Arbeitenden muß zum gewaltigen Aufmarsch aller Unterdrückten werden. Kein Zögern mehr. Die Erweiterte Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Sachsens betont nochmals gegenüber den arbeitenden Massen:

Auf die faschistische Diktatur braucht man nicht mehr zu warten, wir sind schon mitten drin.

Es gibt nur einen Ausweg, nur eine Rettung: der Kommunismus, der Kampf um ein Sozialdeutschland!

Organisiert die Kampffront aller Arbeitenden und Erwerbslosen!

Nieder mit der faschistischen Diktatur!
Nieder mit dem Hungerterror!
Nieder mit Lohnraub und Steuerwucher!

Es lebe der Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit!
Bezirksleitung der KPD, Bezirk Sachsen.

Keine Verschleierung!

Dresden, 8. Dezember.

„Brünnings Erfolg im Reichstag!“ jubelt der Dresdner Arbeiter, und die SPD-Zeitung sagt ihren Arbeitern: „Die Sozialdemokratie durchkreuzt die Mandate des Faschismus.“ Diese Charakterisierung der Abstimmungen am Sonntag im Reichstag ist vollkommen falsch. In Wirklichkeit demonstrierte diese Abstimmung den Sieg der faschistischen Diktatur über das Parlament. So schloß die gestrige Sitzung der Reichsleitung der SPD Sachsen, in der Genosse Kenner zu der politischen Lage und den Aufgaben der Partei sprach, die gegenwärtige Situation ein. Die Sozialdemokratie versucht durch ihre Formulierungen, die Arbeiter dazu zu täuschen, daß die Bourgeoisie faktisch zur faschistischen Diktatur übergegangen ist. An anderer Stelle veröffentlicht wir den gewaltigen Raubzug der herrschenden Klasse durch diese faschistische Diktatur am wertvollen Volk. Um diesen Raubzug zu gewährleisten, werden faschistische Methoden zur Niederhaltung und Knechtung des revolutionären Proletariats angewandt. Der Vorwärts versucht mit allen Mitteln, die Täuschung der Arbeiter über die tatsächliche Lage weiter zu betreiben. In seiner gestrigen Ausgabe wird geschrieben:

„Die Kommunisten erzählen ihren Kindern, das „Regiment Brünnings-Braun“ sei gleichbedeutend mit „faschistischer Diktatur“. Sturz der Regierung Brünnings hätte also den Sturz der faschistischen Diktatur bedeutet. Bielesicht lassen sie sich von ihren italienischen Parteigenossen belehren, wie der wirkliche Faschismus aussieht.“

Die Kommunisten führen gerade jetzt ihre Anhänger durch die Straßen aller deutschen Städte spazieren. Sie halten bei Tag und bei Nacht Versammlungen unter freiem Himmel ab. Die Polizei-Sperren sind daneben und paßt auf, daß sie in ihrer Versammlungsfreiheit nicht gestört werden.“

Zu welchem Zweck steht Severtings Polizei daneben? In Berlin, wo die Arbeiter durch ihre Gewerkschaften blutig niedergeschlagen werden, in Hamburg, wo durch die Polizei Schändliches die kommunistische Presse verboten wird, wo eine Demonstration der Hamburger Arbeiter mit Gewerkschaften und sozialer Waffe auseinanderzuschlagen verurteilt wurde, in Leipzig wird das offenbar. Allerdings wehren sich die Hamburger Arbeiter und gingen, wie die bürgerliche Presse vor Wut tobend mitteilt, zum Angriff gegen die Polizei vor. Es zeigt sich also, daß die Polizei Severtings nicht zum Schutze der Versammlungsfreiheit, sondern zur blutigen Unterdrückung der Arbeiter, damit das faschistische Diktaturprogramm des Traub-Vorgehens durchgeführt werden kann. Aber nicht nur die Polizei Severtings, sondern auch die Polizei Heilmanns in Leipzig und anderer bürgerlicher Polizeipräsidenten führen genau dieselbe Aufgabe durch. Weiter wird im Vorwärts erklärt:

„Was in Deutschland seit dem Sommer dieses Jahres geworden ist, das hat mit Faschismus nichts zu tun. Verfassungsrechtlich gesehen bedeutet es nichts anderes als eine Verlagerung der Macht vom Reichstag zum Reichspräsidenten.“

Eine vom Reichspräsidenten ernannte Regierung hält sich an der Macht, weil keine Reichstagsmehrheit da ist, die sie durch eine andere ersetzen kann. Vom Reichspräsidenten mit Gesetzeskraft erlassene Verordnungen bleiben in Kraft, weil eine Mehrheit fehlt, die sich auf anders geartete Maßnahmen einigen könnte. Aus diesem Zustand hat der Reichstag selbst die logische Konsequenz (!) gezogen, indem er die Regierung im Amt, die Reichsverordnung in Kraft belassen hat.“

Das ist doch das direkte Gegenteil von dem, was der Vorwärts vorher zum Ausdruck bringt. Aber diese Herrschaften wissen sehr genau, welche Rolle sie spielen. Es ist nichts wie der Zynismus von Bankrottgeiern, was hier aus dem Vorwärts spricht, und höhnisch ruft er den unter der brutalen faschistischen Diktatur stöhnenden Massen zu:

„Das Volk braucht nur das nächstmal vernünftiger zu wählen, dann wird es damit den Reichstag in seine alten Rechte wieder einsehen und die Macht des Reichspräsidenten auf das normale Maß beschränken.“

Besser kann der Bankrott des ganzen parlamentarischen Systems wahrlich nicht mehr illustriert werden. Die Sozialdemokratie ist aber auch nichts anderes wie ein Instrument dieser faschistischen Diktatur des Traubkapitals, und mit Recht betonte der Genosse Kenner, daß die SPD, und besonders die „Einigen“, ihren eigenen Übergang zur faschistischen Diktatur nach Möglichkeit zu verschleiern versuchen.

Es ist somit vollkommen falsch, eine Beteiligung der Nationalsozialistischen Partei allein als faschistische Diktatur einzuschätzen. Die vollkommene Ausschaltung der Kommunalverwaltungen durch die Einsetzung von Staatskommissaren, die diktatorische Einführung von Steuern geht mit Willen der Gemeindeparsamente, ihre einfache Ausschaltung, die Herabsetzung der Löhne und Gehälter durch Schlichtungsabteilung, all das ist Faschismus, der sich richtet gegen die übertragene Mehrheit des Volkes, und dieser Faschismus hat als führende Nationalsozialisten, bürgerliche und sozialdemokratische Parteiführer an den verschiedenen Stellen im Staatsapparat. Die Bourgeoisie will jetzt das Wahlrecht ändern und das Zweikammersystem wieder einführen, wobei der Reichsrat die erste Kammer darstellen soll. Die bürgerliche Presse, so z. B. die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ schreiben ganz offen: „Wir haben eine Diktatur.“ Die Arbeiter dürfen sich durch die Mandate der SPD-Führer nicht täuschen lassen.

Die Partei hat jetzt die Aufgabe, den breiten Massen auseinanderzusetzen, die heutigen Kämpfe beschränken sich nicht nur auf Lohn- und Arbeitskämpfe. Im Vordergrund steht jetzt der Kampf gegen die faschistische Diktatur. Der Kampf gegen den Faschismus ist jetzt die zentrale Aufgabe der Partei. Das ist der Kampf gegen jede Knechtung der wertvollen Massen. Das ist der Kampf um die Diktatur des Proletariats. Der Streikbündlerstreik in Chemnitz, der Streik der Dresdner Taxifahrer beweisen anschaulich, daß jede wirtschaftliche Forderung der Arbeiter von der Bourgeoisie mit Einlegen der bewaffneten Macht und von der reformistischen Bürokratie mit dem Einlegen der härtesten Streikbruchkampagne beantwortet wird.

Die Partei muß deshalb unverzüglich an die Organisation einer großen Einheitsfrontkampagne gehen. Alle Werktätigen, Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleinrentner, Kleinrentner und Kleinrentner müssen in jedem Ort in Kampfkomitees gegen die faschistische Diktatur zusammengelassen werden. Im Januar wird ein großer jährlicher Kongress zusammenkommen, auf dem die Delegierten dieser Kampfkomitees und Aktionsausschüsse Beschlüsse fassen zur Niederdrückung der faschistischen Diktatur. Dieser Kampf gegen die faschistische Diktatur ist der Kampf gegen das kapitalistische System. Volksgenossenschaft gegen den blutigen Faschismus muß die Kampfpläne aller Werktätigen sein.

Gegen

faschistische Diktatur u. Polizeiterrror

2 Massenkundgebungen im Reichsbanner u. Annensäle Morgen Dienstag, den 9. Dezember 1930, abends 8 Uhr

Referenten: Gen. Kurt Sindermann, Ewald Blau

Unkostenbeitrag 20 Pfennig, Erwerbslose 10 Pfennig

Milliardenraub am werftätigen Volk

Der Inhalt der neuen Diktaturverordnung Brünnings läßt sich in einem Satz zusammenfassen: Riesige Liebesgaben an alle Schichten der bestehenden Klasse und neue ungeschulte Lasten auf die Schultern der arbeitenden Klasse.

Aus der Unmasse von einzelnen Bestimmungen, welche auf den 88 Druckseiten dieser Verordnung zusammengestellt werden, wollen wir hier nur die wichtigsten anführen:

Dem Agrarkapital werden durch Senkung der Steuern und einer Reihe agrarpolitischer Maßnahmen Liebesgaben gewährt, deren finanzielle Tragweite sich noch nicht absehen läßt.

Unter dem Deckmantel der „Steuervereinfachung“ wird für die Besitztümer auf landwirtschaftliche Betriebe eine „Einheitssteuer“ festgesetzt, welche praktisch bedeutet, daß die Grundbesitzer in Zukunft überhaupt keine Steuern mehr zahlen werden. Dem Agrarkapital kommt ferner die Senkung der Grundsteuer zugute, welche 10 Prozent betragen soll und damit eine Summe von etwa 100 Millionen ausmacht. Endlich gilt der ganze obere Teil der Diktaturverordnung, die „Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft“, der Sorge um das „notleidende“ Agrarkapital. Die Regierung will durch Verschärfung des Protogehes einen stärkeren Konsum des Roggens der ostelblichen Jünger erzwingen; in Geschäftsläden soll in Zukunft nur Roggenbrot angeboten werden. Die Margarinefabriken sollen gezwungen werden, statt der billigeren und besser aussehenden Rohstoffe die teuren und schlechteren inländischen Tierfette zu verwenden.

Für die Konsumentenmassen bedeutet das, daß sie zu dem verschlechterten Brot auch noch verschlechterte Margarine erhalten werden; für das Agrarkapital ist es ein glänzendes Geschäft.

Die Regierung ermächtigt sich selbst, den Zinssatz zu erhöhen. Der Zinssatz wird von 7 auf 10 Prozent erhöht. Die Verteuerung der Futtermittel wird die weitere Steigerung der Preise für Fleisch, Butter, Eier zur Folge haben. Schließlich wird der Regierung das Recht zugesprochen, mit Zustimmung des Reichsrats Jückerfabriken und forstlichen Betriebe zu Zwangsstellen zusammenzuschließen, wenn dies im Interesse der Nahrung der Bevölkerung von der Regierung gewünscht wird.

Dem Industriekapital werden mit Hilfe von Steuererleichterungen etwa 300 Millionen Reichsmark auf den Weihnachtstag gelegt.

Die Gewerbesteuer soll um 20 Prozent gesenkt werden, was etwa 200 Millionen ausmacht. Selbstverständlich wird diese Steuererleichterung nicht zu einer entsprechenden Herabsetzung der Preise benutzt werden, sondern als Ertragsleistung in die Taschen der Industriellen fließen. Für die Truste hat Herr Brünnings noch einige kleinere Liebesgaben: Die Senkung der Kapitalertragssteuer (Zinsteuer, Körperschaftsteuer) und der Grunderwerbsteuer bei Kaufverträgen von Gesellschaften.

Das Bank- und Börsenkapital ist an der Senkung der Kapitalertragssteuer ebenfalls sehr interessiert; insbesondere an der Senkung der Körperschaftsteuer. Die „Steuervereinfachung“, das ist die Annäherung der Kapitalertragssteuer ins Ausland, würde, soweit sie überhaupt wirksam wird, gleichfalls den Interessen des Bank- und Börsenkapitals nützen; doch ist immerhin sehr daran zu zweifeln, ob diese Steuererleichterung auch nur eine Million von den etwa 15-17 Milliarden gestrichelter Kapitalien nach Deutschland zurückfließen kann.

Dem Hausbesitzerkapital werden durch den Teil der Rentenordnung, der die Wohnungswirtschaft behandelt, Liebesgaben von Milliardenhöhe in Aussicht gestellt.

In diesen Bestimmungen wird der sofortige weitere Abbau der Wohnungswirtschaft und ihre endgültige Aufhebung festgelegt. Dies bedeutet für die Hausbesitzer die Möglichkeit neuer harter Mieterhöhungen, d. h. Steigerung ihrer Profite nicht nur um Hunderte von Millionen, sondern um Milliarden.

Alle Schichten des deutschen Kapitalismus sind in solcher Weise von Brünnings mit Liebesgaben bedacht worden. Was aber beherrscht Brünnings den wertvollen Massen?

Umwandlung der zeitbegrenzten Bedingtensteuer

in eine dauernde	132 Millionen
Erhöhung der Tabaksteuer	137
Kürzung der Beamtengehälter um 6 Prozent id. 500	
Dauerbelastung durch Regesteuer, Gemeindeförderung, Gemeinde-Verkehrssteuer	500

Dazu kommen weitere schwere Belastungen durch die agrarpolitischen Maßnahmen, durch die Aufhebung des Mietrechts, durch das Gesetz über die Ausgabenbeschränkung für Reich, Länder und Gemeinden, welches einen radikalen Abbau der sozialpolitischen und kulturpolitischen Ausgaben um, zur Folge haben wird.

Den Milliarden-Liebesdiensten an die bestehende Klasse entsprechen also Milliarden neuer Lasten für die arbeitenden Massen! Diesen neuen Lasten aber kann die Regierung Brünnings nur durchzuführen, weil sie sich auf die 143 Stimmen der Sozialdemokratischen Partei.

Kampfkongreß gegen den Faschismus

Die am 7. Dezember in Dresden tagende Erweiterte Parteileitung der Kommunistischen Partei, Bezirk Sachsen, beschloß für den 17. und 18. Januar einen

Allgemeinen Kampfkongreß gegen den Faschismus nach Dresden einzuberufen. Die Parteileitung fordert die arbeitenden Massen auf, diesen Kongreß zu einer gewaltigen Kampfundgebung gegen die faschistische Diktatur zu gestalten. Sie ruft die gesamten arbeitenden Massen der parteilosen, die sozialdemokratischen und die kommunistischen Arbeiter, die Kleinrentner und Kleinrentner, die Jücker, die Beamten und die arbeitenden Frauen, die Jugendlichen auf, alle Vorbereitungen zu treffen, um Delegierte zu diesem Kongreß zu entsenden. Sie fordert auf:

in öffentlichen Versammlungen, in Betriebs- und Stammpflichtversammlungen zu diesem Kongreß zur Erstellung der Einheitsfront gegen den Faschismus Stellung zu nehmen und Delegierte zu wählen.

Das Ziel und die Aufgabe der Bewegung ist in allen Städten, Gemeinden und Betrieben: Aktionsgruppen zum Kampf gegen den Faschismus zu bilden. Die kommunistische Partei richtet an die revolutionären Massenorganisationen die Aufforderung, sie fordert die Arbeiter der Betriebe und die Erwerbslosen auf, mit ihr einen gemeinsamen vorbereitenden Ausschuß zur Durchführung dieses Kongresses zu bilden.

Sehen an die Arbeit zum Zusammenschluß aller, die von der faschistischen Diktatur ausgeplündert, deren Existenz vernichtet, die mit Gewerkschaften und Arbeitervereinen bedroht werden, deren Hungerlöhne man durch die Schülerei der Maschinenwerke und das Mattern der Panzerwagen ersticken will.

Parteileitung Sachsen der KPD.
J. A. Kenner, Dresden, Columbusstraße 8

Prozess gegen die „Industriepartei“

Das Urteil ist gefällt!

Gegen 5 Angeklagte Todesurteile / 3 Angeklagte zu je 10 Jahren Gefängnis verurteilt

Moskau, 8. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Oberste Gerichtshof der Sowjetunion hat nach ständiger Beratung am Sonntag abend das Urteil gegen die wehrwidrigen Verschwörer und Saboteure gefällt. Die Angeklagten Kamilin, Pariskow, Kalinitow, Tschernomow und Fedotow wurden zum Tode durch Erschießen verurteilt. Zu 10 Jahren Gefängnis wurden verurteilt die Angeklagten Dschinn, Sinitin und Kupjanow. Das Urteil ist rechtskräftig.

Schlusswort der Angeklagten

Die Schlussworte der 8 Angeklagten im Schändlingsprozess zeigen noch einmal die unerbittliche Gefährdung der Intervention und auch den Charakter der Leute, denen sich Polikar bediente. Die Angeklagten sind vollkommen zusammengebrochen. Sie wissen und erklären, daß sie die Todesstrafe verdient haben, wünschen aber doch, weiterzuleben, um „ehrlich“ am Aufbau des Sozialismus mitzuwirken.

Außer sprechen die Verteidiger der Angeklagten Kupjanow und Sinitin. Sie schildern die beiden Angeklagten als die ausführenden Organe, die erst später den wahren Charakter ihrer Rolle im Dienste der imperialistischen Intervention erkannt hatten.

Nach einer kurzen Pause erhalten die Angeklagten das Schlusswort. Als erster spricht der Hauptangeklagte Kamilin. Seine Rede zeigt die große Intelligenz und den konzentrierten Willen dieses Schändlings, der sich seiner verbrecherischen Taten voll und ganz bewußt gewesen ist. Jetzt habe er erkannt, daß es nur zwei Wege gibt: Links mit dem Proletariat, dem Sozialismus, oder rechts nach Paris in den Dienst der kapitalistischen Kriegsvorbereitung, der Sabotage, der Spionage und des Verrats. Er erklärt, daß er die Welle des Hasses und der Empörung des gesamten Proletariats gegen sich und seine Schändlingsorganisation fühlt und führt dann wörtlich aus:

„Drei Jahre war ich der schlimmste aktive Feind der Sowjetunion. Mein letzter Wunsch: Noch selbst die Zeit des endgültigen Sieges des Sozialismus mitzuerleben. Das proletarische Gericht möge entscheiden, ob es für mich, der ich die Todesstrafe verdient habe, noch weitere Verwendung hat! Wie Schändlinge erzeihen nicht die Wirtschaftskatastrophe, sondern die Kraft der Arbeiterklasse führt das Gelingen des Fünfjahresplanes, ungeachtet unserer Schändlingsverbrechen. Nicht wie

Ingenieure, sondern die proletarischen Massen haben den richtigen Weg des sozialistischen Aufbaues beschritten.“

Die Angeklagten Tschernomow, Pariskow, Dschinn und Kalinitow wiederholen noch einmal ihr Schuldbekenntnis. Sie erklären, daß sie es nicht wagen, um Gnade zu bitten, weil sie diese nicht verdienen haben. Der Angeklagte Fedotow zeigt die Achtung der alten russischen Intelligenz. Er gibt seine moralische Verantwortlichkeit (Werkzeuggelehrer) offen zu, bittet aber, ihn am Leben zu lassen, um „diesen Schandfleck abzuwaschen“.

In der Vorbemerkung am 6. Dezember geben die Angeklagten Kupjanow und Sinitin kurze Schlussfolgerungen ebenfalls in dem Sinne ab, daß sie um Gnade bitten, worauf die Urteilsverurteilung auf den Nachmittag des 7. Dezember angelegt wird.

77 Tote im Maastal

Geheime Giftgasfabriken
Weitere Todesopfer wahrscheinlich

Berlin, 8. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Vermutungen, daß die Todesfälle im belgischen Maastal auf Giftgasfabriken zurückzuführen sind, verdienen sich immer mehr. Die Zahl der Todesfälle ist am Sonntagabend auf 77 gestiegen. Man rechnet mit noch weiteren massenhaften Todesfällen.

Hannover, 8. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.)

In einer Reichsbannerversammlung in Hagen in Westfalen kam es am Sonntagabend zu brutalen Zusammenstößen zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten, die mit Messern, Schlagringen und Stöcken auf das Reichsbanner losgingen. 3 Reichsbannerleute wurden verletzt, 1 Nationalsozialist wurde schwer und mehrere Versammlungsteilnehmer leicht verletzt.

Berlin, 6. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Urabstimmung unter der Belegschaft der Meierei Talle in dem Schiedspruch, der einen ledigenprozentigen Lohnraub vorsieht, hat eine gewaltige Mehrheit für den Streik ergeben. Von etwa 1000 Beschäftigten haben 800 gegen den Schiedspruch und nur 100 dafür gestimmt.

PROLETARISCHES FEUILLETON

Dem Reichskriegsminister gewidmet

„... uff eenmal wie umjewandelt“

Interview der Genossin Hedda mit einer Siemens-Metallarbeiterin

Was ist so den janzigen Tag moede? — Ach, det wird ja'n wenig interessier'n, Frollenken. Et is immer derselbe, und seen is et ooch nich; nee, derselbe nicht! Wo? Det wolle'n Se irade willen? Jut, joll'n Se haben...

Bis zur Mittagspause. Det dreht, wenn et jut jeht. Hante och und et dreht dir'n Jewindebuhler ad, da kannste oft lund-lang warden, bis dir de Maschine wieder instandjejeht wird. Et wäre denn, daß du als Frau mit'n Einrichter 'n dichten nett bist, oder noch netter...! Dann jeht et sehr schnell.



Um halblünf, da dreht et: Uffste'n! — Da träumen Sie doch Lieber... da wird nu zuerst Kaffee jeseht und de Stullen jeschmeert. Det heest, Kaffee, den kannste allerdinge ooch in de Kantine jeejen, aber die Porke wünnich 'st mein'n schlimmsten Feind nicht! Und dann...

Wie lang de Fahrt dauert? — Jeder ne Stunde. Je sin nemlich bei Siemens. Injejeht wie de Heringe in'n Jogh jähet ma da; muß acht-jejen, det is een'nich de besten Fleisheerwogen abstrampeln.

Ka, und dann kukt 'st los, nich was? In'n Betrieb. Kinder? Nee, ha's nich. Da is et ja nu noch wille schlimmer, wenn eine und hat welche. De Müllern von nebenaan — is is ooch in de Metallbranche — die hat Sticker dreie... bei die, da jeht alles draunter und drieba; det kann die ja ooch nich kaffen! Denke, die muß deshab noch wille frieder uff-je'n; jegen die hab' 'st et ja noch direkt jut. Aber was joll je machen?

Wir sind jung schon los mit Färren und Ketten. Und de Bejezt wer derselbe in Tein. Doch de Wader wüht nicht von unkeren Kiden: Sie haß diesem Staat, was ja „erzieh'n“!

Da können Sie, wo? — Und nu wolle'n Se jemich ooch wolle, was det for ne Arbeit is, die so klogig bejeht wird? Jeseinde hab' 'st ja schneiden. Am Wandertisch. Schemene Arbeit: Dellträge und uffjerstene Finger kriegen Se jratist!

Wir ham ooch „jelernt“. In Schule und Haus, aus de Zeitung, aus Bücher, von de Pfaffen — — De herrschen Klasse, je „bider“ uns aus: Wir brauchten nicht kunn'n als Prosite ja schaffen!

Da können Sie, wo? — Und nu wolle'n Se jemich ooch wolle, was det for ne Arbeit is, die so klogig bejeht wird? Jeseinde hab' 'st ja schneiden. Am Wandertisch. Schemene Arbeit: Dellträge und uffjerstene Finger kriegen Se jratist!

Jederhaupt die Ehe! Det „heil'je Sakrament“! „Er sei Dein Herr!“ — „Du, sei ihm untertan!“ Er bejeht ja de Frau, die bel ihm pennet. Pant kassischer Ordnung und „göttlichem Plan“ — —

Was ist so den janzigen Tag moede? — Ach, det wird ja'n wenig interessier'n, Frollenken. Et is immer derselbe, und seen is et ooch nich; nee, derselbe nicht! Wo? Det wolle'n Se irade willen? Jut, joll'n Se haben...

Doch jehte wie er zur Fabrik, ins Kontor. Und schallt dort und jeistet de selbe wie er.

ooh... de Werksleitung. Hebrjens, det die Jelegenheit: In de letzten Wochen, da is et uns sehr und oft an't Berse jelegt worden, de neujebaute Siemensstraße mit unsern werten Beluht zu beehr'n...

So, Frollenken, nu badens woll de Neve pleng, wa? — Nee?! — Vom Streit wolleste noch was wissen? Wie et da war? Ja jeh'n's: während dem Streit, da war et ja nu janz anders. Früher, da jah et viele Frauen, den'n stand de Wasser schon bis an'n Hals. Selbstmordaluche badente logar jemaacht, aber det Maul uffjemacht hat nich eine!

Wie nu aber der Streit kam, da war'n je alle mit eenmal wie umjewandelt! Jrade de Frauen! Mag's diegen oder brechen' logten je. Se standen Streikposten, je haben Jettel verteilt, je haben an de JAH-Küchen mitjebeert... und jrade de janz Stillen, von die de det am wenigsten erewartet häst, die war'n vorneweg, wa... am didiken janzing!

Jum Beispiel: da je ene Streikposten, zwei Stunden lang. Da kommt 'ne Kollegin und sagt: „Jeh man jeht 'ne Tasse Kaffee trinken, ruh dir man 'n bißchen aus!“ Aber die jeht nicht: „Jeh man selber trinken.“ sagt je und bleibt ruhig noch zwei Stunden jeht. Und so war et leberall! Und er wür' ooch noch so weiterjejag'n, davon kunn'n je lebjejezt kein, Frollenken, wenn uns de SWP-Fonjen nich so niede-rträchtig injeleit häst, det wir wieder rinnakten in de sa- schuchte Knochenmühel“

Die Arbeiterin jeht jeht vor mir mit hochrotem Kopf und juchstert erregt mit den Armen: „Viele halten ja schon wieder de Schmauße! Aber etwas is doch hängig geblie'n! Jremlich wille logar! Und wo du hinhörst, da meenen je: det mit die roten Hande, die je jeht machen woll'n, det war' jurtament det richtig! De RGD, hat in dem Streit be-wiesent, det ma kämpfen muß und wie ma kämpfen muß die RGD, hat det froste jemaacht — det is ollgemeine Ansicht!“

„Ka, dann bin ich hier ja richtig!“ Mit deinen Worten jeche ich einen Ausnahmefall für die RGD aus meiner Tasche. „Nu schlag aber enet lang hin — je ene bit bu?“ „Jawoll. So ene.“ „Jeht in Ordnung!“ — Bloß den Ausnahmefall jeht man wieder weg... den kannste bei mir ooch haben!“

Wir Frauen marschieren / Von Hedda

Wir ham ooch „jelernt“. In Schule und Haus, aus de Zeitung, aus Bücher, von de Pfaffen — — De herrschen Klasse, je „bider“ uns aus: Wir brauchten nicht kunn'n als Prosite ja schaffen!

Und machst dir kaputt — — nee: der Mann jeht vor! Für jehke Arbeit kriegt er 'n Drittel mehr! So ham je't „jerednet“, de Kapitalisten; Die Brüder sind nemlich janzich so duann, Denn anjeht nu ihren Leben jründlich auszumüllen, Schlägt du die im eigenen Vagor herum!

Wie jeissen auf „Brasiein“ und Wirldmatsrieden In dielem verfluchten Knobentestaat! Der Kampf von Mann und Frau is nich valschieden: Gemeinjam jejtung die bejeurende Tat!

Kunst Von Werner Hendson

Unten jigen je in Frod und Cröpe de Chine. Nach oben zu wird es dünner Abkaltich — dunkle, etwas glänzende Anzüge und Seidenjähdchen. Als der Dirigent, der sehr berühmte Dirigent, ercheint, gibt es Applaus. Dann beginnt es zu strahlen. Aus dem Orchester heraus strahlt ein Heidenmarsch, oben auf der Bühne strahlt der Ritter in Silber, ein sehr berühmter Ritter mit 1000 Mark pro Abend, strahlt die erste Sängerin, bunt und glitzernd wie ein Magazintittelbild. Und die Harmonien schwingen und jingen und wollen alles eintzen: die Frazs unten mit den dunklen, etwas glänzenden Anzügen oben — Harmonie der Kunst, Harmonie der Klassen! Das letzte Duett ist ausgelesen, Beifall drauß, zwischen den dunklen Rittern vernimmt sich lockert-dejseiden der Dirigent.

Arbeiterversammlung, Dunsiger Saal im Osten. Ein Arbeiter spricht. Gehaltsabbau — Steuern — Grubenunglück. Mit einem Ruck springen die dunklen Ritter aus den Köpfen der Galerie — morgen früh — Ehej — Hejtempo — jstetlind und geduckt verlassen sie den Tempel der „reinen Kunst“.

dunten Ritter, keine Harmonien — aber die Tagesorgen des Proleten, sein Wille zum Umsturz der Bürgerdikatur sind gestaltet. Niemand geht fröteln und geduckt aus der Berammlung. Eister Anfang proletarischer Kunst, proletarischer Kultur hat mitgeholfen, Kampfwillen und Widerstandskraft der Masse zu wecken, zu jeftigen.

„Ich als Referendar!“

Der Teil II vom 25. Oktober entnehmen wir: Der Referendar Dr. der Rechte Israel aus Berlin hatte sich mit seiner Wohnungsmutter gegants. Der Referendar jog aus. Er jagte kurz und bländig: „Ich bin ab morgen telephonisch unter der Nummer zu erreichen.“ Wierzechn Tage später kam die Telephonrechnung. Sie ersahen der früheren Wohnungsmutter jeht hoch. Sie rief unter der genannten Nummer an. Dort meldete sich die neue Wirtin, der jagte sie: „Hören Sie, ich warne Sie vor dem neuen Mieter. Nehmen Sie sich mit der Telephonrechnung in acht.“ Als das der Referendar Dr. jur. Israel erfuhr, jagte er: „Das kann ich mir als Referendar nicht gefallen lassen. Ich bin in meiner Ehre verletzt.“ Er erhob Privatbeleidigungsklage. Kun trocken sich beide vor Gericht. Der Richter riet zu einem Vergleich. „Nein“, jagte der Referendar, „ich als Referendar kann mich auf keinen Vergleich einlassen. Betrag hat sie mir vorgeworfen.“ Der Richter riet nochmals, sprach als erfahrener und älterer Jurist dem jüngeren Referendar gut zu. „Schön, ich werde einwilligen, wenn sie die Kosten bejeht.“ Das wollte sie aber auch nicht. Da meinte nun der Referendar: „Wie komme ich dazu, die Kosten zu bejehen. Ich als Referendar verlange nun ein Urteil.“ Das Gericht tat dem Referendar den Gefallen. Es sprach die Frau frei und legte ihm die Kosten auf. „Und dann werde ich in die Berufung gehen“, jagte er, „ich als Referendar brauche mir ein solches Urteil nicht gefallen lassen.“

Sch fand alles bestätigt . . .

Brief eines Lößbauer SPD-Arbeitersportlers aus der Sowjetunion

Meine Genossen!

Erst heute konnte ich dazu, Euch allen ein Lebenszeichen aus der Sowjetunion zu geben, aus dem Lande, wo man den Sozialismus zu erbauen beginnt, aber nicht in Form von Ministerien oder irgendwelchen angeblichen Völkern im Stillestehen, sondern in der Tat, da jeder Tag neue Beweise bringt, dass die Sowjetunion ein Land ist, das sich in rasender Entwicklung befindet, ein Land, das sich in rasender Entwicklung befindet, ein Land, das sich in rasender Entwicklung befindet.

Die Sowjetunion ist ein Land, das sich in rasender Entwicklung befindet, ein Land, das sich in rasender Entwicklung befindet, ein Land, das sich in rasender Entwicklung befindet.

Die Sowjetunion ist ein Land, das sich in rasender Entwicklung befindet, ein Land, das sich in rasender Entwicklung befindet, ein Land, das sich in rasender Entwicklung befindet.

abspießt. Auf der Fahrt hatte ich Unterhaltung mit einem Rotgardisten und einem General, da haben wir politisiert und feiner wurde mir, nicht wie zu Hause, wo es immer heißt: „Hör nur mal auf!“ Trotzdem es im russischen Schlafmann so bequem war, kam ich nicht zum Ruhen, nicht zum Schlafen, alles war so interessant.

Ich werde nun vorläufig schlafen, später mehr. Sobald ich einen letzten Eintrag habe, schreibe ich, und wir können alle Fragen einzeln durcharbeiten. Eins nach dem andern, aber gründlich. Lebensmittellage gibt es auch nicht. Wer arbeitet, bekommt Arbeit. Heute gab es Schnee und es wird kalt.

So seid alle gegrüßt von Euren

Willi Kiehling.

NB. An Eurer Vater habe ich auch geschrieben betr. Schmin. Adler Alwin habe ich Karte von Lenin: Vorwärts, im Geiste Lenins! sendet. Wenn Ihr schreibt, so an Hotel Metropol.

Geipenker in der Lößbauer Promenadentante

In der Nummer vom 24.11.30 der Lößbauer Volkszeitung ist in der Beilage „Erwerbslosenrat“ folgendes zu lesen:

„In der staatlichen Metallwarenfabrik in Kersich (Krim) befindet sich die Werksantenne in einer Baracke, die von drei Rotgardisten umgeben ist. Das Klängegeräusch liegt daneben auf dem Hof im Hof. Die Arbeiter essen mit Holzschalen und selbstgemachten Gebäck. Im Essen findet man Steinchen, Glasplitzer, Würmer usw. Am 20. September wurde die Suppe aus lauter Wärmern gekocht.“

Des Weiteren in einem anderen Artikel:

„Im gebundenen Brot können Sie finden Stroh, Dreck, Mist und sogar lebendige Tiere, wie Mäuse, Ratten usw.“

In dieser Schmelzerei geht es noch eine Weile so.

Lößbauer, Leiter der Volkszeitung! Weil darauf zu antworten nicht es nicht, kann dieser Schwindel nicht zu stehen. Aber was macht sich so ein Subjekt von SPD-Redakteur daraus! Wenn es nicht geglaubt werden sollte, stellt man die Artikel etwas um und lässt drei und Datum sowie bekannte Fabriken unserer russischen Arbeiter hinzu. Beim Protesten wird schon etwas hängen bleiben. Diese Schmutzartikel sollen den Erwerbslosen und Arbeitenden über ihr Lebensniveau hinwegtäuschen, damit sie den Glauben verlieren, den Kampf für ein Sowjetdeutschland aufzunehmen.

Klassenfeindinnen und -genossen! Werft diese Klassenverleumdungen aus eurer Wohnung. Wecht euch ein in die rote Klassenfront und werdet Leiter der Arbeiterzeitung oder des Roten Kampfes. Wecht mit unseren Genossen Sozialtruppen, um die Erwerbslosen und andere bürgerliche Kräfte aus den Arbeiterterminen zu fernhalten. Jeder Grobian für diese Presse bedeutet einen weiteren Nagel zu eurem Sarge. Wecht euch frei von aller bürgerlichen Ideologie, und dann werdet ihr zu Kämpfern.

Wie sie es machen . . .

In einer groß aufgearbeiteten Hefteschrift bringt die Lößbauer Volkszeitung den Bericht von der Generalversammlung der KZuSPd Jizrau. Wenn Sie schreibt: „Jizrauer Arbeiterpartei erklären dem Faschismus von links und rechts (schärfsten Kampf)“, so müssen wir als oppositionelle Sportler feststellen, dass in dieser Generalversammlung ein Versuch unternommen wurde, die Mitglieder anzuwerben. Man hätte es auch verstanden, die oppositionellen Sportler von dieser Versammlung fernzuhalten; denn wie könnte es sonst kommen, dass nicht einer etwas davon gewusst hat, dass diese Versammlung stattfindet? Deshalb war es ihnen sehr leicht, den Arbeiterpartei, die anwesend waren, etwas vorzumachen.

Wir glauben, dass die Parteileitung bald in einer Beschlusssitzung nochmals dazu Stellung nehmen und die Opposition einladen wird, sonst müssen wir uns in aller Öffentlichkeit einmal damit befassen.

Nun zur Volkszeitung, die diese Mitteilung mit großer Genehmigung abdruckt. Sie brachte vor der Reichstagswahl eine Aufforderung zum Besuch eines bürgerlichen Schwimmfestes, und hier spielt sie sich als Vertreterin der Arbeiterpartei auf.

Wir werden darüber noch konkretes Material veröffentlichen (NR 2515)

Die oppositionellen Sportler dürfen sich eben nicht auf die Einladungen verlassen, sondern müssen stets die Augen aufpassen und sich von hinterhältigen Sportlern nicht ausführen lassen.

Niederoderwitz gegen Steuerdiktat

Niederoderwitz. Zu einer Protestversammlung gegen die Einführung der Bürgersteuer hatte die KPD aufgerufen. Nach den Referaten der Genossen Siegmund und Wunderlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 26. 11. im Deutschen Haus versammelten Einwohner erheben schärfsten Protest gegen die Einführung der Bürgersteuer. Diese Steuer bedeutet eine weitere Belastung der werktätigen Massen. Wir verurteilen gefolgt, mit der kommunistischen Partei den außerparlamentarischen Kampf gegen den Steuerraub aufzunehmen.“

Wir wissen, dass es uns durch die Parlamente niemals gelingen wird, im kapitalistischen Staate diese Massensteuern von uns abzumildern, sondern es werden in der nächsten Phase immer neue Steuern aus den Massen herausgequetscht.“

Konkrete Kampfmaßnahmen wurden weiter angeordnet. Die Versammlung, die stark besucht war, hat gezeigt, dass sie nicht länger gewillt sind, dieses Steuerjoch zu tragen und bereit sind, mit den Kommunisten zu kämpfen.

Die kommunistische Gemeindeverordnetenfraktion wurde beauftragt, die Resolution als Antrag in der Gemeindeverordnetenversammlung einzubringen. Diese Sitzung findet am 9. Dezember statt, und wir fordern die Einwohner auf, recht zahlreich an diesem Tage zu erscheinen. (NR 2492)

SPD-Rohkäsebetriebs in Wehrsdorf Steuerstreit ist zu gefährlich!

Wehrsdorf. In letzter Gemeindevorstandssitzung stand als einziger Tagesordnungspunkt: „Einführung der Regersteuer“. Nachdem Bürgermeister Helmke (SPD) sich die rechtliche Rüge gab, die Steuer schmackhaft zu machen, ließen die SPD sowie die Rechte durch ihre Sprecher erklären: „Wegen unzulässiger Strafsetzung und unzulässiger Ausweitung“ lehnten sie die Steuer ab. Genosse Wolf lehnt die Diktatsteuer und ihre Durchführung grundsätzlich ab und bezeichnet die ganze Sitzung als Puppentheater, da ja die Amtsbauptmannschaft die Steuer einführt, entweder mit oder gegen die Gemeindevorstände. Die Steuer wird einstimmig abgelehnt. Genosse Wolf stellt noch den Antrag, es nicht nur bei der Ablehnung zu belassen, sondern die Einkommenssteuer auszuhebeln, bei pangonwähiger Einführung in den Steuerstreit zu treten. Am Hand von Zahlen zeigt er, was Millionen vom Reiche zu unangenehm Zweck verpulvert werden, während hier es nur wieder die Kermiten der Armen trifft. Leider war der Antrag nicht angenommen. Genosse Wolf stellt noch den Antrag, es nicht nur bei der Ablehnung zu belassen, sondern die Einkommenssteuer auszuhebeln, bei pangonwähiger Einführung in den Steuerstreit zu treten. Am Hand von Zahlen zeigt er, was Millionen vom Reiche zu unangenehm Zweck verpulvert werden, während hier es nur wieder die Kermiten der Armen trifft. Leider war der Antrag nicht angenommen.

der Gemeindevorsteher schon weg, denn der Antrag fand keine Stimme Unterstützung, und wurde deshalb begraben. Zu dieser Sitzung hatte unsere Ortsgruppe zum Besuch aufgerufen, welcher auch zahlreich war. Die Zwischenrufe, die der Vorsitzende nicht unterdrücken konnte, äußerten den Bürgerlichen und Sozialen wohl zu zeigen, dass die SPD (die „Ein-Mann-Fraktion“) immer mehr Sympathie gewinnt. (NR 2480)

Arbeiterkorrespondenten, Achtung!

Eure Berichte sind zu lang. Das nächste Mal nur halb so viel schreiben, sonst müssen wir kürzen. Die Redaktion.

Erbärmliche Futtertribbenjäger

Trallau. Unser Ort hat einen großen Tag. Nachdem in der Gemeindevorstandssitzung am 12. 11. die Annahme eines Ortsgesetzes über die Anfindungsteuer, desgleichen die Biersteuer gelassen war, stand in der am 25. 11. stattgefundenen Sitzung die Erhebung der Bürgersteuer sowie die Bürgermeisterwahl auf der Tagesordnung. Um die Sache gutzumachen, war Herr Amtsbauptmann Rohmann erschienen. Zum ersten Punkt erklärt ein Bürgerlicher, dass er für Ablehnung sei. Unser Genosse erklärte sehr treffend, dass es nicht genügt, diese Steuer abzulehnen, sondern auch außerparlamentarisch die Initiative zu ergreifen. Der Bürgermeister erklärte, für die Steuer zu sein, bezeichnete sie sogar als gerecht, sollte die Einführung aber „augenblicklich nicht für nötig“, weil andere Steuern noch nicht voll ausgenutzt seien. Darauf verließ der Amtsbauptmann, mit allen möglichen Argumenten die Annahme schmackhaft zu machen. Verschiedene treffende Zwischenrufe beachteten ihn nicht in Berücksichtigung. Er konnte aber eine einstimmige Ablehnung nicht verhindern. Zur Bürgermeisterwahl fanden 4 Bewerber im Anschlag, darunter auch ein erwerbsloser Arbeiter. Hierbei verließ Herr Rohmann, für den jetzigen Bürgermeister, welcher mit bei den Bewerbern ist, eine ganze Menge zu brechen, und glaubte, dass alle Einzelnen mit der Amtsbauptmannschaft genüge für die Wiederwahl. Widerlich wurde die Sache, als er erklärte, es sei doch nicht möglich, einen Beamten, der sich vielleicht nicht die Zulassung für bürgerliche Bürger erworben habe, in die Rüste zu wählen, dadurch kam es in Bewerber wie in den Händen der Partei.

Die faschistische Trake

So merzelt ein Naziausbeuter Notlandsarbeiter von Leutersdorf aus!

Leutersdorf. Seit fast einem Vierteljahr sind nun die Notlandsarbeiten (Kontrollierung) im Gange. Es werden hier ungefähr 30 Mann auf je fünf Wochen beschäftigt. Meist sind es Rohfabrikanten und Kleinunternehmer, welche schon längere Zeit aus der Erwerbslosenversicherung ausgeschlossen sind. Diese schon jahrelang Erwerbslosen hatten lange Zeit vorher gehofft, bei diesen Notlandsarbeiten einmal etwas zu verdienen um in den wenigen Wochen ihrer Beschäftigung auch nur einigermaßen aus dieser trübseligen Lage herauszukommen. Aber weit gefehlt! Nicht nur dass die Arbeiter durch die

dauernden Regenfälle Vohnausfall hatten, so dass sie im Durchschnitt, oft sogar unter dem Unterhaltungslohn verbleiben, haben sich die meisten noch weniger Kleingeldstücke, Schmutzwert usw., heruntergerissen.

Obwohl Tariflohne zwischen Gemeinde und Unternehmer vereinbart sind, gibt es für Arbeiter in Schlamm und Wasser keine Zuschläge. Auch für Maurer und Zimmerleute, welche nur Nacharbeit leisten, gibt es nur 91 Pf. Stundenlohn! Dafür ist aber dieser Betrieb ein nationalsozialistischer. Unternehmer und Notarbeiter sind Nazis! Von Sozialismus keine Spur.

Die ganzen Verhältnisse hier zeigen, dass auch durch Notlandsarbeiten die elende Lage der Erwerbslosen nicht mehr gebessert wird. (NR 2510)

Einbrüche und Brandstiftungen ohne Aufklärung!

Leutersdorf. In den letzten zwei Jahren haben sich in unserem Orte derartig viele Einbrüche und Brandstiftungen ereignet, dass es unmöglich ist, dass man sich die Frage vorlegen mag, wie es möglich ist, dass sich diese Fälle immer wiederholen, ohne dass es der Polizei bisher gelungen wäre, auch nur das geringste aufzuklären. Erst in den letzten zwei Monaten gingen zwei Scheunen in Flammen auf. Der vor kurzem erfolgte Einbruch in der Schule, wo ein Schulbildapparat und eine Schreibmaschine gestohlen wurden, darrt noch der Aufklärung. Der Einbruch in den Konium, drei Einbrüche beim Konfektionär

Der Monat des proletarischen Buches

Eisner, der Sprengstoffschlag auf den Gelbhirten der Firma Benzold und vieles andere mehr wartet hier noch auf Entschlüsselung. Der Guttsdichter Plaminger, bei welchem erst vor kurzen eine Scheune in Flammen aufging, erhielt erst vorige Woche einen Trostbrief, worin er aufgefordert wird, eine weitere Scheune zu räumen, da dieselbe auch angezündet werden soll! Alles dies ist noch in Dunkel gehüllt. Es ist eben leichter für die Polizei, auf hungernde Arbeiter mit dem Sammelnapf einzuschlagen, als solche schwierigen Probleme zu lösen. (NR 2509)

Ganz sozialdemokratische Besten- und Bogenzuzicheln bis in die kleinste Gemeinde

Die Abstimmung ergab eine schwere Niederlage für den jetzigen Bürgermeister: eine einzige Stimme erhielt er. Bei der hier notwendig machenden Stichwahl, in welche er durch das bis hin gilt letzteres als gewählt. Der Erwerbslose erhielt 4, die Stimme anderer Genossen. Durch das Fehlen des Abgeordneten Frömter (Arbeitervertreter) wurde verhindert, dass Legiere mit in die Stichwahl kam. Das Resultat wäre ein anderes gewesen, Frömter, welcher Betriebsratsvorsitzender ist und Justizstellenleiter der DVB, ist ein besonderer Stützpfeiler des Guttsdichters und Stahlschmelzereis v. Schönfels. Sollte diese Freundschaft zum Fehlen geführt haben? Nun, die Arbeiter haben erkannt, was Bestes aus Frömter ist, und geben dies auch offen zu verstehen. Für uns ergibt sich die Pflicht, die Leute, welche nun endlich lebend werden, für uns zu gewinnen.

Am 26. 11. wurde in einer Erwerbslosenversammlung ein Erwerbslosenrat gebildet, bestehend aus 3 Mitgliedern. Die Erwerbslosen lernen auch hier die Notwendigkeit geschlossenen Handelns verstehen.

Am 27. 11. wurde über das Vermögen des Rittergutsbesizers der Konturs eröffnet. Für die hierige Arbeiterkraft ergeben sich dadurch schwere Aussichten für den Winter. Bis jetzt mit Hungerpennungen abgepeist, dürften diese armen Proleten kaum eine ausreichende Unterstützung erhalten. Ueberdies besteht für viele ältere die Aussicht, nie wieder in Arbeit zu kommen. Wie wir hören, sollen auch die Versicherungsbeiträge nicht richtig verrechnet worden sein. Arbeiter, für euch gilt es, an der Seite der KPD, die für eure Interessen eintritt, zu kämpfen.



1300 kämpften für euch! – Jetzt kämpft für sie!

Mobilisiert die Massen für die Winterhilfe der Roten Hilfe Deutschlands zum Kampf gegen Klassenjustiz, Polizei- und Naziterror!

Die Flut einer neuen Hehlkampagne gegen die Sowjetunion ergießt sich über Deutschland. So sollen die Augen der werktätigen Massen von der grauenhaften kapitalistischen Wirklichkeit in Deutschland abgelenkt werden. Wen erschleicht die Arbeitermacht in Sowjetrußland? Konterrevolutionäre, russische Ka-

die Gerichte der Klassenjustiz gezerzt. 1300 Arbeiter sitzen heute bereits mit hohen Gefängnis- und Zuchthausurteilen hinter Kerkermauern.

Zahlreiche Arbeiterfamilien, deren Männer und Söhne im Kampf gegen die Feinde des Proletariats an vorderster Front standen, sind in tiefstem wirtschaftlichem Elend gestürzt. Kapitalistischer Staat und Kommune verstoßen den betroffenen Familien jede ausreichende Unterstützung. Mag die „Rote Brut“ verdreht, was schert es sie!

Das „Blasystem von Moskau“, „Neue Hinrichtungen in der Sowjetunion“, „Bolin ermordet“, so tönt die Hehle gegen den einzigen Arbeiter- und Bauernstaat der Welt, angefangen von den Blättern der Sozialdemokratie bis zu den Nationalsozialisten. Sie alle, die kein Wort der Empörung gegen die Bluttaten der von nicht weniger als 21 sozialdemokratischen Polizeipräsidenten geleiteten Schupo, gegen das Worttreiben der Hittlerischen SA-Garden finden, die die Massenabschlachtung von Arbeitern und Bauern in Polen, Ungarn, Italien, Indien, China usw. billigen, stellen sich schändend hinter eine Bande konterrevolutionärer Wissenschaftler, die sich mit dem französischen und englischen Imperialismus zur Wirtschaftsabotage und zum Interventionskrieg gegen die Sowjetunion in der sogenannten Industriepartei zusammenschlossen.

Mehr als 70 000 Mark bringt jetzt in jedem Monat die Rote Hilfe für unsere politischen Gefangenen, ihre Frauen und Kinder, für die Verteidigung angelegter Arbeiter vor Gericht auf.

Das Tempo der Solidarität muß Schritt halten mit dem Tempo des Terrors. Es ist eine gebieterische Pflicht für die Werktätigen Deutschlands, durch aktive Mitarbeit am Werk der Roten Hilfe, das Band proletarischer Solidarität zwischen den eingekerkerten 1300 Arbeitern und den Massen noch fester zu knüpfen als bisher.

Die Winterhilfskampagne der RHD muß nicht nur in den Geldsammlungen, sondern in ebenso hartem Maße durch die Mobilisierung der Massen zum Kampf gegen die faschistische Klassenjustiz, gegen den Polizeiterror und die braune Mordpost zeigen, daß proletarische Solidarität unüberwindlich ist!

1300 kämpften für euch – kämpft ihr für sie!

Alle Kräfte in den Betrieben, Stempelstellen und Arbeiterquartieren zur Sammlung für die Winterhilfsaktion der Roten Hilfe mobilisiert.

**Heraus mit unseren politischen Gefangenen!
Einmütig in die Rote Hilfe Deutschlands!**



schichten, die im Bündnis mit dem weißen faschistischen Gefindel der ganzen Welt und deren kapitalistischen, imperialistischen Geldgebern versuchen wollten, das Sowjetregime zu kllagen und an seiner Stelle das kapitalistische Raubsystem durch den Einmarsch imperialistischer Truppen mit blutiger Gewalt aufzurichten.

Und wer wird in Deutschland erschossen? Revolutionäre Arbeiter werden Tag für Tag Opfer des Polizeiterrors und nationalsozialistischer Mordbänden. Nicht weniger als 32 revolutionäre Arbeiter sind allein in diesem Jahre in Deutschland ermordet worden.

Im Zeichen des räuberischen Youngplans wächst die Terrorwelle gegen das kämpfende Proletariat in unermüdeter Höhe. Welt über 7000 Arbeiter wurden von der Polizei vor-

Verhindert Justizmord an Karl Peters

Der Druck der Massen muß die Preußenregierung zu seiner Freilassung zwingen

Unser Genosse Karl Peters, der nun bereits seit Anfang 1926 ununterbrochen hinter Zuchthausmauern sitzt, ist auch durch die letzte Amnestie bisher noch nicht frei. Wochen sind seit dem Erlaß der Amnestie vergangen. Er sitzt immer noch! Aber die faschistischen Gemebesten waren längst vor der Amnestie bis auf einen – Klapproth – in Freiheit gesetzt. Bereits 1928, bei der sogenannten „großen“ Amnestie, wurden er und Genosse Nachtigall sowie die jetzt freigelassenen Genossen Margies, Ebers, Wödeker u. a., um diese Amnestie betrogen. Weiter ging das Martrium der barbarisch hohen Strafe.

Bekanntlich wurde Genosse Peters wegen „Teilnahme“ an der Erstickung eines Polizisten zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Festgestellt ist, daß der Anfang dieses Jahres vom Strafvollzug gemordete Genosse Kobisch-Reyer es war, der den tödlichen Schuß abgab, daß Peters selbst über keine Schußwaffe verfügte. Trotzdem wurde das grauenhaft hohe Urteil über ihn verhängt und – bis zum heutigen Tage – trotz aller Amnestien vollstreckt.

Der Stichtag für die letzte Amnestie ist der 1. September 1924. Die Genossen Peters zur Last gelegte Tat spielte sich kurze Zeit später ab. Die Regierung betonte bei der Amnestievorlage auf Hinnahme der kommunistischen Reichstagsfraktion ausdrücklich, daß dieser Termin nicht vom bürokratisch engstirnigen Standpunkt aus behandelt werden solle. Aber Karl Peters und Nachtigall sitzen immer noch!

Geben hat selbst die von Faschisten durchgeführte braunschweigische Regierung ihre Zustimmung zu einem völligen Strafverlaß für Karl Peters gegeben. Allein bei der sozialdemokratisch beherrschten Preußenregierung liegt jetzt die Entscheidung für den

völligen Strafverlaß und damit sofortige Freilassung. Die deutschen Arbeiter entsinnen sich noch sehr gut des hartnäckigen Kampfes, den sie unter Führung der Roten Hilfe für die Amnestierung des Genossen Max Hoelz und vieler anderer eingekerkelter revolutionärer Arbeiter geführt haben.

Am 14. Dezember wird es ein Jahr, daß die preussische Regierung SPD-Brauns anlässlich des „Weihnachtsfestes“ die pier an der wiesischen Ermordung des Schönen Panierer beteiligten Gemeinderäte: Oberleutnant Benn, Schirrmann, Achenkamp und Stein auf freien Fuß setzte. Kurz vor der letzten Amnestie wurde gleichfalls durch die Preußenregierung die Gemebestie Fuhrmann befreit.

Vor den breiten Schichten der werktätigen Massen werden jetzt die sozialdemokratischen Führer der Preußenregierung unter Beweis zu stellen haben, ob sie überhaupt nur faschistische Mörder auf freien Fuß setzen und ob sie es wagen werden, dem Genossen Karl Peters den selbstverständlichen völligen Strafverlaß zu erteilen. Keine Demagogie wird der sozialdemokratischen Presse mit verlogenen Hinnahmen wie die, daß die Kommunisten die Gemeinderäte „befreit“ hätten, helfen. Die Tausenden sprechen eine deutliche Sprache und verlangen eine klare Antwort.

Karl Peters und Nachtigall dürfen nicht im Zuchthaus physisch und geistig vernichtet werden! Wird die Freilassung abgelehnt, so werden die arbeitenden Massen gegen die barbarische Klassenjustiz und ihre Handlanger wie im Jahre 1928 durch einen neuen Amnestiesturm die Freiheit unserer eingekerkerten Klassenbrüder zu erkämpfen müssen.

Vom Zuchthaus in die Irrenanstalt!

Genosse Ernst Petersen wurde am 28. August 1919 vom außerordentlichen Kriegsgericht in Hamburg wegen eines politischen Mordes und qualifizierten Aufruhrs zum Tode und zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Sein „Mord“ geschah im aktiven Kampf gegen die reaktionäre, Einwohnern mehr. Später wurde das Todesurteil in lebenslänglich Zuchthaus umgewandelt.

Bereits im Jahre 1923 hatte es der „moderne“ und „humane“ Strafvollzug dahin gebracht, daß Genosse Petersen, der vorher bereits an Halbinseln erkrankt war, in die Irrenanstalt Langenhorn überführt werden mußte.

Nach 1928 wurde der unglückliche Genosse Ernst Petersen durch die Genossen um die Amnestie den Strafvollzug zum Irrenan-



getrieben.

tralistischen Koalitionsgerichte Hamburgs knobelten fäudlich aus, er sei ja nicht nur zum Tode, sondern auch zu 15 Jahren Zuchthaus, und

zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt, also die Hälfte von 15 Jahren sind 7½ Jahre und die Hälfte von 10 Jahren sind 5 Jahre, das ergibt, zu diesem Schluß kamen die famolen Hamburger Gerichte, trotz aller Amnestie 12½ Jahre Zuchthaus.

Erst jetzt ist die Amnestie auf ihn angewandt worden. 3½ J! Der völlig durch den barbarischen Strafvollzug zu Grunde gerichtete Genosse, ihm brachte die Amnestie die Ueberführung aus der Strafabteilung des Irrenhauses in eine andere Abteilung.

Die Arbeiterschaft Deutschlands und der ganzen Welt singt das kapitalistische Raubsystem, mag die SPD, an, einen Arbeiter, einen tapferen proletarischen Kämpfer durch nichtige Quälerei zum Irren zu gebracht zu haben.

Wie die Vertreter der blutigen Inquisition des finsternsten Mittelalters stehen die sozialdemokratischen Führer, die die Gemebesten, die weißen Arbeiterschlächter auf freien Fuß setzten, aber proletarische Klassenkämpfer in die Nacht des Irrenns trieben, vor der Arbeiterschaft der ganzen Welt angeprangert da.

Mit Ernst Petersen ist das Schlußwort der SPD, um ein ungeheuerliches mehr belastet. Mit der Roten Hilfe kämpft die Millionenarmee Werktätiger um die Freilassung aller nach hinter Zuchthausmauern sitzenden revolutionären Kämpfer. Sie kämpft, auf daß der Tag anbricht, an dem auch für Petersen Sühne erzwungen ist.

Rote Hilfe stärkt den Kampfgeist!

Genosse Theodor Ebers, der im Kapp-Putsch im aktiven Kampf gegen die Kapp-Banditen stand und dann von der später jurisdiktorierten Ebert-Regierung und ihren Gerichten für seinen Kampf gegen die Konterrevolution zum Tode verurteilt wurde, schreibt der Roten Hilfe zu ihrer Winterhilfsaktion:

„Werte Genossen!

In den langen Jahren meiner Gefängnis- und Zuchthausarbeit habe ich verstehen gelernt, was proletarische Solidarität für einen wegen seiner revolutionären Gesinnung eingekerkerten Arbeiter bedeutet. Allein die Rote Hilfe ist es, die zwischen dem von der Außenwelt abgeschnittenen Revolutionär und den breiten Arbeitermassen ein festes Band der Solidarität knüpft.

Die Rote Hilfe und ihr Werk sind es, die mich, wie alle anderen Klassengenossen, die heute noch in den Kerkern der Republik schwächten, nie an dem Gedanken unseres Kampfes haben zwolleln lassen.

Die durch die Rote Hilfe organisierte Solidarität der Arbeitermassen zeigt sich als ein mächtiger Faktor zur Stärkung unseres Kampfgeistes. Das Gefühl, hinter sich die Solidarität von Millionen Arbeitern zu haben, die mit ihren Arbeitergrotschen dafür sorgen, daß zur Qual der Gefängnis- und Zuchthausarbeit nicht auch noch die Sorge um Frau und Kind tritt, erleichtert mir wie allen anderen unseren inhaftierten Klassenbrüdern die lange Zeit, die wir hinter Mauern verbringen mußten.

Durch Euch, Genossen der Roten Hilfe, appelliere ich an die Arbeiter der Betriebe, an die Erwerbslosen der Stempelstellen, an alle Werktätigen in Stadt und Land: Helft durch Sammlungen für die Winterhilfsaktion der Roten Hilfe unseren politischen Gefangenen, ihren Frauen und Kindern.

Arbeiter, stärkt durch Euren Eintritt die Reihen der Roten Hilfe zum Kampf gegen die Klassenjustiz, gegen die braune Mordpost, für die Befreiung aller unserer eingekerkerten Klassenbrüder! Werbt, sammelt und gebt für die rote Solidaritätsfront!

gez. Theodor Ebers.

Hen Köp Sch Klei Vorl Tisch Diwa Klei Stan Brok Tepp 6% F. Pi

1. Jule 2022
Berlin SW19

Erfrischungsraum und
Dachhalle sind
gemütliche Ruheplätze
im Weihnachts-Trubel.

Unser Weihnachts-Dustauf
muss im Privatleben zur Fort!

ALBERG

Praktische Geschenke

für das Fest
in großer Auswahl zu billigsten Preisen

- Damen-Strümpfe** Mako
Doppelseite, Hochferse, mod. Farb., 1,15, **-.90**
- Damen-Strümpfe** K'wascheide
leinmaschig, in Farben sortiert..... **1.50**
- Damen-Strümpfe** Flor m. K'seide plat.
neueste Farbtöne..... **2.10**
- Damen-Strümpfe** reine Wolle
lein und kräftig, schöne Farben..... **2.25**
- Damen-Strümpfe** Wolle mit K'seide
neueste Farbtöne..... **2.50**
- Herren-Socken** Mako, gemustert
gute Qualität..... **-.85**
- Herren-Socken** Wolle mit K'seide
viele schöne Musterungen..... **1.25**
- Herren-Socken** reine Wolle
schöne Farben..... **1.35**
- Kinder-Strümpfe** reine Wolle
moderne Farben, Größe 2-10, Gr. 2 Paar
Jede weitere Größe RM. —,15 steigend **1.-**
- Damen-Trikohandschuhe** ganz gefüllt
gute Qualität, moderne Farben..... **1.45**
- Damen-Nappahandschuhe** ganz gef.
weiches Leder bester Qualität..... **7.-**
- Herren-Trikohandsch.** ganz warm
gefüttert..... **-.95**
- Herren-Nappahandschuhe** pa. Leder
ganz gefüttert, besonders strapazierfähig **7.-**

Warenabgabe nur an Mitglieder
**Konsumverein
Vorwärts**

UFA LICHT-SPIELE

Waisenhausstr. 22
Nach immer das Tagesgespräch
aller Tonfilm-Freunde!
**Brigitte Helm
Jan Kiepura**
der weltberühmte Tenor
Die singende Stadt
mit
Georg Alexander
Wochentage 3,30, 5 u. 8,30
Sonntage 2,30, 4,10, 6,10 und 9

UFA PALAST

Waisenhausstr. 20
Die 2. Woche — und groß wie
am ersten Tag!
Henny Porten
die Königin des Films
Kohlhiesels Töchter
mit
Fritz Kampers
Micky im Herbst
Jugendliche haben Zutritt!
Wochentage 4, 6,15 und 7,30
Sonntage 2, 3, 7 und 9

Arbeiter, erhebt in Massen am Montag, 9. Dezember, im
Sächsischen Wolf, Freital
Captain Alberto Reinhardt spricht
über Unternehmertum und Arbeiterverhältnisse in Venezuela,
sowie Sitten und Gebräuche der Tropenländer, Karamas,
das Gebirge des Jales, Krawalbauher mit Baum- und
Kleinstschlangen in tiefen Lichtbüchern. Sämtliche Arbeiter
erhalten an der Abendkasse 10 Prozent Ermäßigung.
Eintritt 10 Uhr, Anfang 10 Uhr, Eintritt 10 Uhr, für
Erwerbslose 40 Pf.



wirkl. billige Einkaufs-
quelle für Lebensmittel!
**Thams & Garis
Dresden**
Wobergasse 3, Schillerstraße 18, Pillnitzer Straße 48, Hosselsdorfer Straße 16
Tel. 15861 Tel. 27757 Tel. 22371

Weihnachts- Stollen-Bäckerei

Die verehrten Hausfrauen
haben jetzt nach Gelegenheit sich einen
passenden Tag für das Stollenbacken
anzusuchen.
Für Freital u. Umgeb. kostet das Backen
pro Pfund Mehl 35 Pf., einschl. Hefe ohne
Wirkm-hilf, für schwere Massen je nach
Hef Verbrauch entsprechend mehr.
Geben Sie Ihre Rabattmarkenbücher
mit in Zahlung, Sie verbilligen sich da-
durch das Backen.
Trotz des 80prozentigen Vermahlungs-
zwangs für Inlandgetreide bringen
Unterzeichner ihr gut gelagertes und
ausprobierete Stollenmehl
in empfehlende Erinnerung. Gleichzeit-
ig sind Weihnachtsstollen
in jeder Preislage vorrätig.

Die Bäckermeister
der Bäcker- (Zwangs-)Innung zu Freital
einschließend der Ortschaften:
Gittersee, Kleinnaundorf, Oberpostwitz, Wargwitz,
Herrsdorf, Saalhausen, Weißig.
Reinhold Padelft, Obermeister

Die billigsten und praktisch- sten Weihnachts-Geschenke bei

5%
Wäsche- u. Baumwollhaus
Fraueneck
Sächsergasse
Edle Fräulein
am Altmarkt

Linoleum
in allen Breiten und Stärken der beste
Fußbodenbelag
Stragula
das billigste Fußbodenbelag
Ewald Kluge
Pirna, Lange Straße 17, gegenüber Rest. zur Bäckerei

Spielwaren

- Eisenbahnzüge** m. Uhrwerk u. Schie-
nen von 12,00 bis **0.95**
3,00, 2,00, 1,20
- Wartehäuser, Bahnhöfe, Signale,
Bogenlampen** in größter Auswahl und in allen
Preislagen
- Dampfmaschinen** stehend und
liegend, erdfeuert, **3.00**
Fabrika.....11,00, 9,50, 7,50, 6,00, 4,00
- Kinos** mit guten Objektiven
von 45,00 bis 12,00, 9,50, 8,50, **4.00**
- Laterna magica** von 14,00 bis 6,50, 3,50, **1.50**
- Laterna magica-Bilder und Film-
strelchen** in großer Auswahl
- Zum Ausziehen: Automobile, Feuer-
wehren, Karussells, Tierfiguren**
in allen Preislagen
- Zeppeline und Flugzeuge**
mit Beleuchtung.....von 3,90 bis 1,50, **1.25**
ohne Beleuchtung.....von 2,90 bis 0,95, **0.50**
- Laubsäge- u. Werkzeugkästen**
von 6,50 bis 2,00, 0,95, **0.50**
- Traktor mit Anhänger** ..Stück **1.00**
mit Werk, sehr original
- Micky Maus** ..Stück **0.95**
aus dem Gesellschaftsspiel
- Turmspiel** ..Stück **0.50**
1,90 1,50 0,95
- Gesellschafts- und Beschäftigungs-
spiele** in großer Auswahl
von 4,50 bis 2,25, 1,90 1,50, 0,90, **0.50**

Puppen

- Charakter-Babys, Neger-Babys**
in schöner bis feinsten Ausstattung
- Stoffpuppen** hübsch gefärbt,..... **0.95**
von 8,00 bis 3,50, 2,90, 1,25
- Puppenköpfe,** ..Wäsche und -Kleider, Puppenhaare,
-strümpfe
- Puppenwagen** ..aus Holz, ..Stück **15.00**
von 43,00 bis
- Korb Puppenwagen** hübsche Farben
von 19,00 bis **5.50**
- Puppensubben** ..Stück **1.00**
- Einzelne Puppensubbenmöbel**
relaxende Einrichtungsgegenstände dazu
- Kaufmannsläden** ..Stück **0.75**
- Wiegewagen und Kontrollkassen**
für Kaufmannsläden

Bargou

am Postplatz

Neu eröffnet!
**Mohren-Café und
AUTOMAT**
Pirnaischer Platz
unter neuer Bewirtung
Hier speist man
gut u. preiswert

..und wenn am Weihnachtsbaum die Lichter brennen..



strahlende Gesichter werden Ihnen
für Ihre Aufmerksamkeit danken.
Zahllos sind die Geschenke,
die Sie bei uns mit geringen
Ausgaben kaufen können.
Deshalb haben wir alles eingesetzt, um praktische
Geschenk-Artikel äußerst preiswert anzubieten.
6% Rabatt! **6% Rabatt!**
Modehaus Emil Lange, Pirna
Dohnasche Straße, Ecke Schuhgasse
Sonntag von 11 bis 6 Uhr geöffnet!
Mitglied der Kunden-Kreditgenossenschaft. Mitglied des Rabatt-Sparvereins.

20 Prozent Kassen-Skonto bei Barzahlung Karl Scholz Kürschner- meister, Pirna Dohnasche Str.

Im Namen der Sowjetmacht:

Genosse Krylenko klagt an

Von Schacht bis zur Industriepartei — Die Agenten des französischen Imperialismus — Die Artikel Poincarés
Proletariat aller Länder, verteidigt die Sowjetunion!

Moskau, 4. Dezember. Die heutige Sitzung des Schlichtungsprozesses brachte die Anklage des Genossen Krylenko, der besonders den Unterschied zwischen dem Schlichtungsprozess und dem heutigen Prozess gegen die Schlichtungsorganisationen klarlegte. Das Kennzeichen der Industriepartei ist, daß sie einen praktisch ausgearbeiteten genau detaillierten Plan der Intervention zu einem bestimmten Termin und mit bestimmten Mitteln hatte. Der Schlichtungsprozess richtete sich gegen Schlichter, die mit Agenten einzelner Staaten in Verbindung standen, während im Prozess der Industriepartei ein Haufen vieler feindlicher Staaten auf Grund von militärischen Vereinbarungen enthielt wurde. Damals war es eine kleine Gruppe von Schlichtern, jetzt waren es zwei feste Organisationen, die „Industriepartei“ und die „Partei der werktätigen Bauern“.

In diesem Sinne klagte Genosse Krylenko die Schlichter Kramin und Genossen der Schweren Verbrechen am sozialistischen Aufbau an.

Genosse Krylenko:



In zehn kurzen Tagen sollte unter ungewöhnlichen Umständen der Prozess ab. Millionen Werttätiger in der Sowjetunion und in der ganzen Welt verfolgten mit Spannung jedes Wort. Die Bourgeoisie überschüttete in der Presse und in Reden die öffentliche Meinung mit einer Flut blödesten Lügen und versuchte gleichzeitig, die Aufmerksamkeit abzulenken. Es bewegte sie dabei eine tiefe Angst vor den Enthüllungen, die der Prozess bringen würde und brachte. Die Aufmerksamkeit der ganzen Welt war nicht zuletzt dadurch begründet, daß ein Geschwür am Sowjetstaat, eine ungeheure Schlichtungsarbeit in allen Zweigen der Industrie aufgedeckt wurde. Die klare Aufdeckung wird den schäferischen Entschlossenheit der Millionenmassen des Proletariats der ganzen Welt zu gesteigertem Kampfe für den Sozialismus beflügeln.

IPU-Soldat im Sitzungssaal
Vor zwei Jahren fand hier der Schlichtungsprozess statt. Der jetzt stattfindende Prozess stellt eine erweiterte Reproduktion des Schlichtungsprozesses dar. Damals hatten wir nur die Schlichter aus dem Kohlenbergbau vor uns, diesmal Schlichter aus allen führenden Zweigen, nicht nur der Industrie, sondern auch der Landwirtschaft. Damals waren die Schlichter mit einzelnen Emigranten und Schlichtern im Ausland verbunden, diesmal handelt es sich um eine ausgesprochene politische Klassenorganisation, um das Torgrom, das mit den Schlichtern im Bündnis stand. Damals figurierten einige Namen emigrierter Industrieller, diesmal sind es leitende Kreise der ausländischen Bourgeoisie bis hinauf zu führenden Staatsmännern wie Poincaré.

Das ganze Bild zeigt sich uns folgendermaßen: Konsoziation aller konterrevolutionären Kräfte zum Sturz der Sowjetunion.

Welches sind die Ursachen?

In seiner großen Rede auf dem XVI. Parteitag entwarf Genosse Stalin ein gewaltiges Bild der Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze auf Grund der Weltkrise, die Poincaré in seinem vorletzten Artikel bestätigt und bekräftigt. Genosse Stalin zog daraus die Schlussfolgerung, daß hierdurch die Kriegsgefahr wächst, und zwar als Hauptgefahr die Gefahr konterrevolutionärer Kriege, die Gefahr einer Intervention gegen die Sowjetunion. Als Genosse Stalin dies sagte, plante Kramin seine Reise nach Berlin, um seine Auftraggeber auf die erwünschte und ausschließliche Einstellung aller Kräfte auf den militärischen Umsturz von oben einzustellen.

Wichtige Taten wurden in flagranti ertappt, daher ihr Geschrei, daher ihre Rufen über den Zusammenbruch des Hinführungsplans, die durch die Tatsachen vollkommen widerlegt werden.

Die Sowjetunion verfolgte und verfolgt eine Friedenspolitik. Es sind die Imperialisten, die ein furchtbares Verbrechen, den Weltkrieg gegen die Sowjetunion vorbereiten.

Bei der Untersuchung der vielen Einzelheiten der verschiedenen Tätigkeiten der Schlichter müssen wir uns immer vor Augen halten:

Wir kämpfen um die äußere Sicherheit des Sowjetlandes, um die Möglichkeit der Fortsetzung des sozialistischen Aufbaus.

Diese Möglichkeit war in Gefahr. Diese Gefahr muß beseitigt werden. Die ganze Geschichte der Schlichter, die sich vor uns entrollt, beweist, daß ihre Anfänge weit zurückgehen. Am Beginn der gesamten Schlichtungsarbeit sowie der Gründung der Industriepartei finden wir die gleichen Personen: Kabanowitsch, Galkin, Chrennikow. Aus Initiatoren auf einzelnen Gebieten wurden sie, im Bündnis mit

anderen, Leiter der konzentrierten Zusammenarbeit. Diese leitende Rolle bestimmt vor allem das Ausmaß der Gefährlichkeit der jetzigen Angeklagten für die Sowjetunion.

Die Rolle der Industriepartei

Die Partei ist gekennzeichnet als eine konspirative Organisation mit weitverzweigter Tätigkeit in allen Industriegebieten und unter einheitlicher qualitativer Leitung. Die Erstellung der Aufträge sowie ihre Durchführung und Kontrolle bedingten eine eigenartige Struktur (stufenmäßiger Aufbau) der Industriepartei. Die Spitze dieser Organisation lagte sich in der Leitung der Sowjetwirtschaft, in der Staatlichen Planwirtschaftskommission fest, weshalb die Gewinnung solcher leitender Personalien wie Oschbi (stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Planwirtschaftskommission) sehr notwendig war.

In der Periode der Industrialisierung der Sowjetwirtschaft hatten die Ingenieure für die französischen Vorbereiter des Sturzes der Sowjetmacht das geeignete Kadere dar.

Solange die Sowjetmacht noch nicht eigene zuverlässige Kadere proletarischer zoter Ingenieure besitzt, bedarf sie der alten Ingenieure als Vermittler des technischen Wissens der hochentwickelten kapitalistischen Wirtschaft. Die Theorie der Ingenieure, wonach sie zur Leitung des Staates berufen und angeblich eine Herrschaft der Ingenieure in ihrem „Zukunftstaat“ anstrebten, wurde durch den Prozess nicht nur

als politische Fiktion, sondern als politischer Betrug entlarvt.

Die Angeklagten selbst mußten zugeben, daß sie genau wußten, was die geplante Militärdiktatur praktisch bedeutete. Kramin behauptete: Erst Beruhigung, dann Ordnung! Die politischen Ideen und Ziele, die die Pariser Emigranten auf ihr Festen im Verein mit französischen Generalen und Industriellen ausplauderten, zeigten den wahren Inhalt: Erst Greuel, Leichenhaufen und Wuthaufen, dann (zu Kramin):

Der Mohr hat seine Schandigkeit getan, der Mohr kann gehen!

Wenn Kramin erzählt, daß Khabuschinitsch seine Pläne, d. h. den Staatskapitalismus, angenommen habe, so fragen wir:

Wer war hier der Dumme?

Was praktisch das Ergebnis der Vermittlung der finsternen Pläne der Industriepartei unter der Leitung der reaktionärsten Emigranten im Bündnis mit dem französischen Generalstab gewesen wäre, steht außer Frage.

Worauf stützt sich unser Beweis?

Die erste Reihe der Beweismittel sind die Geständnisse der Angeklagten. Das Ausland versucht die Geständnisse durch die verschiedensten Verwicklungen zu entkräften.

Es ist denkbar, daß eine ganze Reihe von Zeugen, „wahlos“ von der GPU verhaftet und dann getrennt, völlig übereinstimmende Aussagen gemacht haben?

Es eine so grandiose „Verabredung“ denkbar? Das Zusammenfallen der Aussagen wird verstärkt durch ihr Zusammenfallen



Moskauer Arbeiter als Zuhörer

mit den Aussagen und Dokumenten historischen Charakters, wie die Mitteilungen des seit dem 1. April 1928 verhaltenen Krasnowski und die im gleichen Jahre publizierten Ergebnisse der Untersuchung des Zustandes im Eisenbahnen. Was soll die Angeklagten zu ihren Aussagen bemerkt haben?

Die Angeklagten selbst haben die lächerliche Unterchiebung von Erpressungen durch Follern hier öffentlich widerlegt.

Die ganze Geschichte kennt keine „Reiben der Schlichtungsarbeit“. Keine Idee verzeint und kühlt sie. Die Syens des Beginns der heutigen Verhandlungen mit der Aufdeckung der Rolle des Geldes bei der Schlichtungsarbeit zeigt die tiefe moralische Zersetzung.

Den Angeklagten blieb kein anderer Ausweg als zu sprechen.

Die eigenen Zeugnisse des Torgrom in der bekannten Erklärung und noch deutlicher in den Reden anlässlich der Jahreshauptversammlung des Bestehens des Torgrom lassen keinen Zweifel über die aktiv sowjetfeindliche Haltung, über die Verbindung mit konterrevolutionären bewaffneten Streitkräften und über die Absicht des Sturzes der Sowjetmacht „in wenigen Monaten“ zu. Der oben genannte Detarding zeigt in seiner Rede vom 11. Juni 1930 und in seinem Brief vom 14. Juni 1930 die enge Zusammenarbeit mit den russischen Emigranten und verknüpft in beiden Dokumenten den bevorstehenden „Sturz der Sowjetmacht in wenigen Monaten“.

Der Artikel Khabuschinitschs bekräftigt die Absicht der Emigranten, die Intervention zu beschleunigen. In dem ersten Interimzeugnis des Torgrom das Zusammenreffen mit Poincaré nicht, zweifellos aus Angst, sich schriftlich festzulegen und dadurch die erhaltenen Versprechungen zu verzerren. Alles das spricht offen für das Vorhandensein aktiv aggressiver Stimmungen im Torgrom gegen die Sowjetunion und für die Absicht der Verwirklichung der Intervention in der kürzesten Zeit.

Aus dem Hinterhalt erschossen

Der Mörder mit der 1500-Mark-Beute geflüchtet

Breslau, 5. Dezember. In der Nacht zum Freitag wurde die Kassiererin des Stadttheaters in Bries, Wally Dietrich, auf dem Wege vom Theater zu ihrer Wohnung aus dem Hinterhalt erschossen und beraubt.

Die Kassiererin war gerade im Begriff, ihr Haus zu betreten, als sie von zwei Kugeln, die sie in den Hinterkopf trafen, niedergestreckt wurde. In demselben Augenblick sprang ein Mann hinter einem Baum hervor und entziff der Sterbenden die Aktentasche mit 1500 Mark Inhalt. Bevor die Passanten sich von ihrem Schreck erholt hatten, war der Mörder bereits geflüchtet. Dem Flickehen kam der Umstand zu Hilfe, daß gerade ein Passant mit einem Anhängen vorbeifuhr, das Deckung bot und ziemlich Geräusche verursachte.

Man vermutet, daß der unbekannte Raubmörder, der offensichtlich mit den Verhältnissen genau bekend wußte, der Kassiererin folgte und die Tat in dem Augenblick ausführte, als Fräulein Dietrich die Haustür aufschließen wollte. Nach ziemlich unsicheren Aussagen von Augenzeugen kommt als Täter ein 25- bis 30-jähriger Mann in Frage.

Seltene Begegnung auf hoher See

Fahrendes Schiff ohne Besatzung geborgen

London, 5. Dezember. Drei englische Fischer haben am Donnerstag den französischen Zerstörer „Combreil“ in den Hafen von St. Haller eingeschleppt. Sie hatten das Schiff auf der Höhe von La Rochelle unter seltsamen Umständen angetroffen.

Wie die Fischer ganz entsetzt berichteten, war das Zerstörer und das Bootselbst gefest. Der Hilfsmotor lief, doch der Kurs des Schiffes war unregelmäßig. Nach einigen Jögern saßen die Fischer Mut und bestiegen das Deck des unheimlich stillen Schiffes. Trotz Suchens fanden sie niemanden einen

Menschen. Aber in einer Kabine fanden sie eine brennende Kerze. Auf dem gebetteten Tisch stand ein Mahl, bestehend aus Sardinen, Brot und Butter. Durch diese seltsame Begegnung hat der Aberglaube der Fischerbevölkerung, die von einem „Geisterdampfer“ nach dem Welter des „fliegenden Holländers“ reden, neue Nahrung erhalten. Die eigentlichen Ursachen dieses geheimnisvollen Vorfalles sind bis zur Stunde noch nicht bekannt.

36 Todesopfer des Erdbebens in Burma

Weit über hundert Verletzte

London, 5. Dezember. In Manquau laufen nur sehr langsam Einzelheiten über das von uns bereits gekennnte gemeldete Erdbeben in Burma ein. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind 36 Tote und weit über 100 Verletzte Opfer der Katastrophe geworden.

Auf der Eisenbahnstation Pau kürzten 14 Güterwagen um. Die Brücken in der Umgebung haben sich um 1 1/2 bis 2 Meter gesenkt. In der Stadt Pau selbst sind zahlreiche Häuser in Flammen aufgegangen.

Schweres Unglück in einer Kaugrube

2 Arbeiter getötet — 5 lebensgefährlich verletzt

Paris, 5. Dezember. In der Kaugrube in Angersheim bei Wülhausen ereignete sich am Freitag ein schwerer Unfall. Das Kabel eines Kalkaufzuges riß im Augenblick, als der Aufzug eine schwere Last nach oben ziehen sollte. Beim Sturz riß der Aufzug große Gesteinsblöcke mit sich, die auf die im Schacht Beschäftigten fielen. Zwei Arbeiter wurden getötet, fünf zum Teil lebensgefährlich verletzt.

Verraten — aber nicht besiegt!

Bei jedem Kampf der Arbeiter gegen Vohrraub zeigt sich die Rolle der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie als Streikbrecherorganisation und Verräter an der Arbeiterklasse immer deutlicher. Wenige Wochen nach der Dolchstoßpolitik der Reichs- und Konjunktur in Berlin verübten die „linken“ Sozialdemokraten in Chemnitz einen Verrat an streikenden Arbeitern, wie er seinesgleichen in der Geschichte der Arbeiterbewegung noch nicht vorgekommen ist.

Um was ging es im Chemnitzer Kampf?

Die Straßenbahndirektion wollte eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche durchführen ohne Lohnausgleich. Dies hätte einen Vohrraub von circa 7 Mark pro Woche für den einzelnen Straßenbahner bedeutet. Die Straßenbahner lehnten den Vorschlag der Direktion ab, worauf diese die Kündigung der gesamten Belegschaft aus sprach. Gegen diesen frechen Anschlag der Straßenbahndirektion und des Rates der Stadt Chemnitz beschloßen die Straßenbahner den Kampf. Sofort aber auch der Verrat der Reformisten ein, die auferforderten, Streikbeschlüß nicht Folge zu leisten, sondern die Arbeit fortzusetzen.

Geschlossen legten jedoch am 1. Dezember die Chemnitzer Straßenbahner die Arbeit nieder.

Der Staatsapparat wurde in Bewegung gesetzt, die Bahnhöfe mit Polizei besetzt, und gegen die streikenden Straßenbahner ging die Polizei mit Gummiknüppeln und aufgespannten Seitengewehren, mit Reitpfeifen und Karabinern vor. Man verhängte den Belagerungsstatus über Chemnitz, verhaftete die Streikführer und entsandte in der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse eine infame Hege gegen die um ihren Lohn kämpfenden Chemnitzer Straßenbahner. Die Erwerbslosen, die die Streikenden unterstützten, die mit Massenstreikposten stellten, wurden von der sozialdemokratischen Presse als listiges Gefindel, als Mob und Janhagel bezeichnet.

Hinter dem Rücken der Streikenden trat die reformistische Gewerkschaftsbürokratie mit dem Rat zu Chemnitz die Vereinbarung, daß alle am Streik Beteiligten nicht wieder eingestellt werden sollen, sondern nur diejenigen, die sich auf dem reformistischen Gewerkschaftsbüro zur Kontrolle gemeldet haben. Unter der Zusicherung, daß die Arbeitszeit und die Löhne nicht gekürzt

werden, kaufte man diese Streikenden und organisierte unter dem Schutz der Polizei die Streikbrechertruppe.

Die Gewerkschaftsbüros wurden zu Filialen der Straßenbahndirektion. Durch Verrat erdroffelten die „linken“ SPD-Führer den Straßenbahnerstreik und zeigten sich als die treuesten Henkersknechte der Brüningdiktatur.

Die streikenden Straßenbahner, die nach Kenntnis der verbindlichen Vereinbarung der Reformisten mit der Direktion zu der Lage Stellung nahmen, beschloßen in voller Einmütigkeit den Abbruch des Kampfes. In einem Aufruf, den wir im nachstehenden veröffentlichen, drücken die Straßenbahner ihren Absichten aus gegen den Verrat der Reformisten und erklären stolz: Wir kehren nicht als Besiegte in die Betriebe zurück! Wir werden weiter kämpfen und wieder kämpfen!

460 Straßenbahner sind durch den Verrat der Reformisten auf ihren Befehl gemahregelt worden. 460 Straßenbahner liegen dank der Dolchstoßpolitik der Reformisten auf dem Straßenpflaster.

Die Arbeiter Deutschlands, deren Herzen höher schlagen ob des heldenmütigen Kampfes der Chemnitzer Straßenbahner, werden jetzt zeigen, daß die Gemahregelten nicht umsonst gekämpft haben. Die Solidarität der Arbeiter wird einziehen und wird die gemahregelten Straßenbahner unterstützen. Der Chemnitzer Kampf der Straßenbahner war neben den Kämpfen von Mansfeld, Obersach und Berlin ein leuchtendes Beispiel proletarischen Widerstandes gegen Vohrraub, gegen das Hungerprogramm der Brüning-Regierung, gegen die faschistische Diktatur.

Der Verrat der „linken“ SPD-Führer muß tausenden Arbeitern die Augen öffnen. Sie müssen erkennen, daß die „linken“ SPD-Führer die Wegbereiter des Faschismus sind, und daß nur die kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition den Kampf gegen Vohrraub und Faschismus führen.

Schließt die proletarische Einheitsfront!
Schmiedet die Waffen zu neuen Kämpfen!
Organisiert den Angriff auf der ganzen Linie gegen Vohrraub und faschistische Diktatur!

Der Appell der Streikenden

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer des Gesamtverbandes haben mit den Vertretern der Stadtverwaltung und des Unternehmerverbandes Sächsischer Gemeinden eine Vereinbarung getroffen, die an Gemehheit alles bisher in der Geschichte der Arbeiterbewegung Dagewesene übertrifft.

Danach werden alle unmittelbar oder mittelbar am Streik beteiligten Straßenbahner entlassen und gemahregelt. Die Zahl der Gemahregelten beträgt 460.

Als am Streik beteiligt werden alle diejenigen Kollegen betrachtet, die sich nicht bei dem Gesamtverband zur Kontrolle ge-

nieren Straßenbahnerverkehrs durch Streikbrecher, den Verkehr bis zu einem Drittel wieder herzustellen.

Das war aber nur möglich unter dem rücksichtslosen und brutalen Vorgehen der Polizei, durch die Besetzung der Betriebe mit bis an die Zähne bewaffneter Sipo, durch Attaken mit Gummiknüppeln, aufgespannten Bajonetten und Panzerwagen, durch Verhaftung roter Betriebsräte und durch blindwütigen Schießen unter die Streikenden.

Das alles wurde mit verborgenen und stillen Schmutzeln, b. h. mit Zustimmung der Gewerkschaftsbürokratie durchgeführt, die ihre unverhohlene Freude über den gelungenen Streikbruch

barung mit der Stadtverwaltung am Ende des zweiten Stages gelang es der Gewerkschaftsbürokratie, die faschisdemokratischen, gewerkschaftlich organisierten Straßenbahner mit ihrem Anhang für den organisierten Streikbruch zu gewinnen.

In Anbetracht dieser Tatsache beschließt die heute tagende Streikerversammlung den Abbruch des Streikes.

Die versammelten Streikenden bzw. gemahregelten Straßenbahner betrachten sich nicht als die Besiegten.

Sie sind stolz darauf, den Vohrraub der Stadtverwaltung u. dem Streik beantwortet zu haben. Sie sind stolz darauf, den gesamten Straßenbahnerstreik in Chemnitz im Kampf gegen die Lohnabbauoffensive der Unternehmer stillgelegt zu haben. Sie sind sich dessen bewußt, daß dieser Kampf ein Kampf war, der im Interesse aller Gemeinheitsarbeiter und der gesamten Arbeiterklasse geführt wurde.

Die versammelten Streikenden und gemahregelten Straßenbahner richten einen flammenden Appell an die gesamte Arbeiterklasse Deutschlands, aus diesem Kampfe die Lehren zu ziehen und zu erkennen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die besten Schrittmacher des Faschismus in Deutschland sind, daß sie nicht mehr die Interessen der Arbeiterklasse, sondern nur noch die Interessen der Bourgeoisie vertreten, daß sie eine gemeinsame Front mit dem Unternehmertum bilden und die eifrigsten Verfechter der Brüning-Diktatur sind.

Nur die KPD und die SPD sind die einzigen und wahren Führer in den Kämpfen der Arbeiterklasse.

Laßt euch nicht durch den Verrat der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie an den Chemnitzer Straßenbahner von der Aufnahme von Kämpfen abhalten, sondern organisiert den Kampf in allen Betrieben unter Führung der KPD gegen kapitalistische Unterdrückung und Knechtung.

Werdet Mitglieder der KPD!

Bildet Betriebsgruppen der KPD!

Führt in den Gewerkschaften den verstärkten Kampf gegen die Lohnabbau- und Streikbrecherpolitik der Gewerkschaftsbürokratie!

Stellt die kämpfende Einheitsfront aller Arbeiter in den Betrieben und Arbeiterwohnheimen unter Führung der KPD her!

Vormärts zu neuen Kämpfen!

Der Hungermarsch in der Lausitz

(Arbeiterkorrespondenz)

Jittau. Am Freitag dem 28. November und am Mittwoch dem 3. Dezember demonstrieren in Jittau die Erwerbslosen gegen die Hungerdiktatur der Brüning-Regierung. Zugleich richtete sich die Demonstration an die Amtshauptmannschaft und die Stadtverwaltung und stellte die Forderung auf Erhöhung der Wohlfahrtsfürsorge und Bewilligung von Winterbeihilfen. In der Amtshauptmannschaft sprach eine Kommission vor, welche die Forderungen der Erwerbslosen überreichte.

Genosse Behner behandelte in der Ansprache an die Demonstranten die Not der Erwerbslosen und zeigte den einzigen Ausweg aus dem Elend auf. Gegen die Hungerregierung Brüning erhalten die Niederrufe der Erwerbslosen. Die Demonstranten zogen dann vor die Betriebe und forderten die Betriebsarbeiter auf, gemeinsam mit den Erwerbslosen gegen Lohn- und Unterstüßungsabbau zu kämpfen. Viele Arbeiter schlossen sich dem Demonstrationzug an und bildeten so die gemeinsame Front der Betriebsarbeiter mit den Erwerbslosen.

Die Polizei hielt sich sehr zurück. Die Erwerbslosen haben gezeigt, daß sie nicht gewillt sind, als Opfer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung elend zugrunde zu gehen, sondern sie werden den Kampf um eine menschenwürdige Existenz aufnehmen.

(NR 2548)

Heute abend Metallarbeiterkonferenzen

Die von der KPD, Industrie-Gruppe Metall, für Dörschchen einberufenen Delegiertenkonferenzen finden heute abend statt, für

Dresden: in Müllers Restaurant, Dresden-A., Schäferstraße

Pirna-Heidenau: in Heidenau, Restaurant „Börse“

Die Konferenzen beginnen um 18 Uhr. Außer den in den Betrieben gewählten Delegierten müssen an der Konferenz teilnehmen: die Betriebsgruppenleitungen der KPD, die revolutionären Vertrauensleute und Betriebsräte, sowie die Mitglieder der Industrie-Gruppenleitung.

Bezirkskomitee der KPD Sachsen.

maldeit haben oder nicht melden konnten, weil sie nicht freigewerkschaftlich organisiert waren.

Die Gewerkschaftsbürokratie hat die Kontrollisten der im Verband gemeldeten Straßenbahner der Stadtverwaltung, d. h. dem Unternehmer vermittelt. Damit haben die sozialdemokratischen Führer alle Straßenbahner, die sich nicht als Streikbrecher gebrauchen ließen, beim Unternehmer denunziert und die Gemahregelten selbst bestimmt.

Auf Kosten der 460 Gemahregelten bleibt die 46 1/2-Stunden-Woche bestehen und ein Lohnausfall tritt für die Verräter in diesem Kampf nicht in Kraft.

Auf diese niedrige Art hat die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie die gewerkschaftlich organisierten Sozialdemokraten und parteilosen Straßenbahner gekauft und es verstanden, sie zum Verräter an ihren eigenen Kollegen zu machen. Die Vereinbarung ist als eine bindende zu betrachten, da in der Organisiertensversammlung darüber eine Abstimmung nicht zugelassen wurde und die Kollegen zur sofortigen Aufnahme der Arbeit verpflichtet worden sind.

Dieses schändliche Verraten an den streikenden Straßenbahner beweist blühartig die Rolle der sogenannten „linken“ sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer als die gefährlichsten Feinde der Arbeiterklasse. Solange die Arbeiterbewegung besteht, hat die Arbeiterklasse etwas ähnliches noch nicht erlebt. Diese Taten der „linken“ sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in Sachsen unterscheiden sich nicht von der Politik der faschistischen Gewerkschaften in Italien.

Schon vor Beginn des Kampfes hat die sozialfaschistische Bürokratie des Gesamtverbandes mit allen Mitteln versucht, einen Kampf der Straßenbahner zu verhindern. Aber die Empörung über die Kündigung aller im Tarifverhältnis stehenden Straßenbahner — weil sie sich einem Diktat der reaktionären Stadtverwaltung auf 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich nicht fügten — sowie das große Vertrauen der Belegschaft zu den roten Betriebsräten ließ alle Machinationen der Gewerkschaftsangehörigen Reuehoff und Friedlich scheitern. Der Streik wurde unter Führung der KPD einmütig beschlossen und fand die begeisterte Zustimmung der gesamten Chemnitzer Arbeiterklasse und darüber hinaus der Arbeiterklasse des gesamten Reiches.

Die Reuehoff, Friedlich und Konjunktur entfalteten zu Anfang des Kampfes eine wüste Hege gegen die Streikenden, beschimpften auf das Niederträchtigste und gemeinste die Erwerbslosen als Mob, die sofort mit den Streikenden ein enges Kampfbündnis geschlossen hatten. Sie forderten offen zum Streikbruch auf und organisierten denselben unter dem Schutz der Polizei. Es gelang dem Dreißynd: Unternehmertum, kapitalistischer Staatsapparat und Gewerkschaftsbürokratie, am ersten Streiktage nach 4 Stunden vollständiger Stilllegung des gesamten Chem-

zum Ausbruch brachte. 80 bis 90 Prozent der sozialdemokratischen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben es am ersten und zweiten Streiktage abgelehnt, sich von der Gewerkschaftsbürokratie als Streikbrecher gebrauchen zu lassen. Erst durch die Verein-

Ein Dresdner Arbeiter schreibt aus der Sowjetunion:

Go etwas von Solidarität habe ich noch nie erlebt

Kanlons, am 30. 11. 1930.

Werte Genoffin!

Deinen Brief habe ich am 25. 11. erhalten und habe mich gefreut, daß Du auch zur Feder gegriffen hast und mir Verschiedenes aus dem Betrieb und einiges von dem Kaubzug der Regierung an der deutschen Arbeiterklasse geschrieben hast. All das sind Erscheinungen von dem Niedergang der kapitalistischen Gesellschaftsform, die sich dadurch nur eine Galgenfrist ihrer Herrschaft geben. Es wird ungeachtet dessen den revolutionären Aufschwung der Arbeiterklasse, trotz dem Verrat der Sozialdemokraten, nicht hemmen, sondern fördern, wie wir es bereits bei dem letzten Metallarbeiterstreik in Berlin gesehen haben. Er ist zwar durch die Bonzen wieder abgewürgt worden, und trotzdem bedeutet es eine neue Etappe im Kampf gegen die Willkür des Kapitals und gegen den Verrat der sozialdemokratischen Führer. Lange werden sie die Arbeiterklasse auf dieser Basis nicht mehr halten können. Es zeigt sich, daß die Arbeiter gewillt sind, zu kämpfen, wie es die russischen Arbeiter und Bauern getan haben, für die Befreiung vom kapitalistischen Joch und für ein Sowjetdeutschland. Anders liegen die Dinge in Russland, wo die russischen Proletarier sich von der kapitalistischen Anarchie befreit haben und die Arbeiter und Bauern selbst Herren ihres Landes sind. Hier ist überall gigantischer Aufbau und Fortschritt, nirgends Stillstand. Wie wir durch Zeitungsausschnitte aus Deutschland und durch die hier in deutscher Sprache erscheinenden Zeitungen erfahren, schreibt die bürgerliche Presse bis zum „Vorwärts“ die gemeinsten Artikel gegen die Sowjetunion. Die Hege wird sich steigern, je größer und gewaltiger der Aufbau in der Union sich von Tag zu Tag vollzieht, um die revolutionären Massen abzulenken von ihrem Befreiungskampf und die Arbeiter zu gebrauchen zur Befriedigung ihrer Machtgier. Ja und meine Frau, die nach Sowjetrußland gefahren sind, um den russischen Arbeitern in ihrem Aufbau zu helfen, müssen feststellen, daß Rußland unser proletarisches Vaterland ist. Hier sind die Arbeiter Herr ihrer Produktion und ihres Landes. Alles andere ist plumpe und lächerliche Hege zur Täuschung der Massen. Eure

Aufgabe ist es, diese Hege zu zer schlagen und das wahre Gesicht Rußlands zu zeigen, denen der Sieg und die Durchführung des Fünfjahresplanes ist auch euer Sieg und ein Schlag für die imperialistischen Machtgier. Der russische Arbeiter übt viel mehr Solidarität als wie der deutsche, was ich als Beispiel folgendes schildern möchte:

Nach Bekanntwerden des Metallarbeiterstreiks in Deutschland waren in allen Betrieben Versammlungen, wo die Streiklage der deutschen Brüder besprochen wurde. Überall sahen die Arbeiter aus sich heraus den Beschluß, 2 Prozent ihres Lohnes zur Unterstützung der streikenden deutschen Brüder zu überweisen. Das Herz wurde mir dabei warm, da ich so etwas von Solidarität noch nie erlebt hatte.

So könnte ich Euch noch mehr Beispiele geben, aber das genügt, um Euch ein kleines Bild von der Solidarität der russischen Arbeiter zu geben.

Werte Genoffin!

Ich und meine Frau haben uns gut eingelebt und uns gefällt es hier. Wir wohnen vorläufig in einer Villa, 50 Minuten Bahnfahrt von Leningrad entfernt. Es ist eine schöne Gegend mit großen Parks und viel Wald. Dieser Ort war unter den Zeiten des Faschismus ein Kurort der besitzenden Klasse und des Jares. Heute Allgemeingut der Arbeiter. Wir möchten eigentlich immer hier wohnen und werden es auch vielleicht, nur ist es etwas umständlich auf Arbeit und mit dem Besuch der Theater, Kinos und anderer Kulturstätten. Bei uns liegt jetzt Schnee. Es ist eine herrliche Winterlandschaft. Wir werden uns jetzt Schneeschuhe zulegen und tüchtig Winterport betreiben. Ich will nun schließen, da ich noch weitere Briefe beantworten muß. An Deinen Schwiegeronkel liegt ein Brief bei. Von Er. und J. habe ich auch einen Brief erhalten, grüße sie mit, lage ihnen, daß ihre Briefe auch noch beantwortet werden. Mit einem kräftigen

Rot Front grüßt

Genosse Ludwig nebst Frau.

Viele Grüße an Genossen St., auch er bekommt noch Post.